

Wöchentlich 75 Pf., monatlich 2,25 M.
(davon 67 Pf. monatlich für Anzei-
gung im Voraus) im Voraus zahlbar.
Beitrag 3,97 M. einschließlich 50 Pf.
Verwaltungs- und 72 Pf. Postbesteller-
gebühren. Auslandsendungsmittel 5,55 M.
pro Monat; für Länder mit ermäßig-
tem Posttarif 4,65 M.

Der „Vorwärts“ erscheint wochentäg-
lich zweimal, Sonntags und Feiertags
einmal. Die Abendausgabe für Berlin
und im Handel mit dem Titel „Der
Abend“. Illustrierte Sonntagsbeilage
„Wiss und Zeit“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Die einzige Illustrierte 50 Pf.
Reklamezeile 2.- M. „Kleine An-
zeigen“ das festgedruckte Wort 20 Pf.
(einschl. zwei festgedruckte Worte, über
weitere Wort 10 Pf. Rabatt 12. Einzig-
Worte über 15 Buchstaben zahlen für
zwei Worte. Arbeitsmarkt Illustrier-
zeile 25 Pf. Familienanzeigen Illus-
trierzeile 10 Pf. Anzeigenannahme
im Hauptgeschäft Lindenstraße 3.
wöchentlich von 9 bis 17 Uhr.
Der Verlag behält sich das Recht der Ab-
rechnung nicht genehmiger Anzeigen vor.

Redaktion und Verlag: Berlin SW 68, Lindenstr. 3
Fernspr.: Dönhoff (A 7) 292-297. Telegramm-Adr.: Sozialdemokrat Berlin.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

Postcheckkonto: Berlin 57 536. — Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und
Beamten, Lindenstr. 3. Dr. P. u. Dir. -Gef., Depositenk., Jerusalemstr. 65-66.

Reichstag aufgelöst!

Das Kabinett der Barone zieht in den Wahlkampf.

Untlich wird mitgeteilt: Das Reichskabinett hat in seiner heutigen Sitzung beschlossen, dem Herrn Reichspräsidenten die Auflösung des Reichstags am 4. Juni 1932 in Vorschlag zu bringen.

Neuwahl 17. Juli?

Am Freitagabend hat das Reichskabinett grundsätzlich die Auflösung des Reichstags beschlossen. Der Auflösungsakt selbst muß jedoch nach der Verfassung vom Reichspräsidenten vollzogen werden und dürfte am Sonnabendvormittag erfolgen.

Gleichzeitig wird die Reichsregierung die Regierungserklärung, die sonst im Reichstag abgegeben zu werden pflegt, auf anderem Wege veröffentlicht, da das Parlament nach der Auflösung selbstverständlich nicht mehr zusammentritt.

Der neue Reichstag soll in der zweiten Julihälfte gewählt werden. Voraussichtlicher Wahltermin dürfte der 17. Juli sein.

Der fünfte deutsche Reichstag, der am 14. September 1930 gewählt worden war, hielt seine erste Sitzung am 13. Oktober 1930 ab. Er hat nicht so häufig getagt wie seine Vorgänger, die gesetzgeberische Arbeit ist zumeist durch Notverordnungen des Reichspräsidenten erledigt worden.

Mit der Auflösung hört der Reichstag auf zu bestehen. Auch die Immunität der Abgeordneten endet mit diesem Vorgang.

Die Verbindungsbrücke von dem aufgelösten zu dem neu zu wählenden Reichstag wird dadurch geschlagen, daß das alte Präsidium noch bis zur Wahl des neuen Präsidiums im Amte bleibt. Auch zwei Ausschüsse des Reichstags bleiben bestehen, nämlich der Auswärtige Ausschuss und der Ausschuss „zur Wahrung der Rechte der Volksvertretung gegenüber der Reichsregierung“, der z. B. berufen wird, wenn in der Zeit bis zum Zusammentritt des neugewählten Reichstags ein Verordnungsentwurf der Regierung der Zustimmung eines Reichstagsausschusses bedarf. Die Mitglieder des Präsidiums und die der beiden ständigen Ausschüsse behalten die Immunität während dieser Zeit noch.

Befehle, die der Zustimmung des Parlaments selbst bedürfen, können jedoch in dieser Zwischenzeit nicht zustande kommen. Alle noch nicht erledigten Vorlagen der Reichsregierung, alle Initiativgesetze, die von Parteien beantragt, aber noch nicht verabschiedet sind, alle Auswahlvorschläge, die das Plenum noch nicht beschäftigt haben, namentlich auch zahlreiche Petitionen sind durch die Reichstagsauflösung hinfällig geworden. Sie können nur im neuen Reichstag wieder eingebracht werden und müssen dann völlig von vorn behandelt werden. Das gilt insbesondere auch von dem großen Werk der deutschen Strafrechtsreform, das schon mehrere Reichstage beschäftigt hat.

Herriot beauftragt.

Kabinettsbildung im Gange.

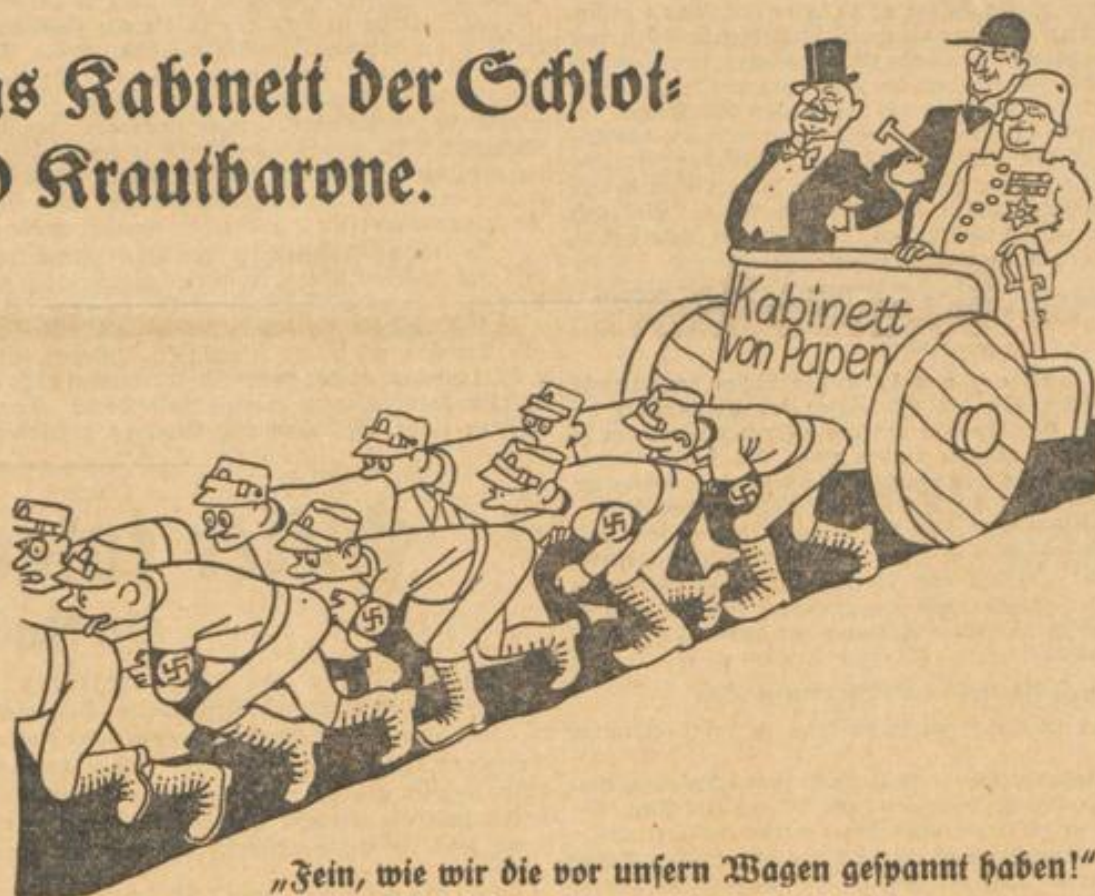
Paris, 3. Juni.

Präsident Lebrun hat heute Herriot mit der Kabinettsbildung beauftragt, die im Gange ist und keinen Schwierigkeiten begegnen dürfte, nachdem die Frage des Eintritts der Sozialdemokraten in negativem Sinne entschieden ist.

Die Kammer hat am Freitag den bisherigen Kammerpräsidenten Bouisson (Soz.) mit 504 Stimmen wiedergewählt. Die Kommunisten stimmten für einen ihrer Abgeordneten, der im Gefängnis sitzt. Außerdem waren 33 weiße Stimmzettel abgegeben worden. Zu Vizepräsidenten wurden gewählt die Abgeordneten Dalimier und Miellet (Radikale), Bâté (radikale Linke) und Moncelle (Unabhängige Rechte).

Im Senat wurde am Freitagvormittag der radikale Senator Jeanneney mit 228 von 245 Stimmen als Nachfolger Lebruns zum Präsidenten gewählt.

Das Kabinett der Schlot- und Krautbarone.



Fort mit den Hitler-Baronen!

In den Kampf! — Es lebe die Sozialdemokratie!

Durch den oben wiedergegebenen Beschluß des Reichskabinetts ist der Reichstag faktisch aufgelöst. Die Unterzeichnung durch den Reichspräsidenten ist nur noch eine Formalität.

Die Hitler-Barone wollen nicht mehr vor diesen Reichstag treten. Sie wollen sich nicht zu früh demaskieren. Ihr Kabinett ist im Dunkel zustande gekommen, es wünscht, so lange wie möglich im Dunkel zu bleiben. Die Scheu vor der Öffentlichkeit ist ihm angeboren, sie ist entscheidend für sein Verhalten.

„Eines Mannes Rede ist keines Mannes Rede, man soll sie billig hören beede.“ Aus den Argumenten, die die Opposition den Gründen der Regierung entgegenstellt, kann sich das Volk seine eigene Meinung bilden. Ein solches Verfahren ist jetzt nicht mehr beliebt. Im Rundfunk, durch den Herr von Papen sein Programm verkünden will, kann keiner antworten und keiner fragen.

Die Fragen, sie sind wohl das, was das Reichskabinett am meisten scheut. Es will nicht gefragt sein nach seiner künftigen Politik, denn es weiß selber noch gar nicht, welche Politik es machen will und machen wird. Der einzige, der das vielleicht einigermaßen weiß, ist der neue Reichswehrminister Herr von Schleicher — aber auch der will nicht gefragt sein, am wenigsten danach, wie sich der Befehl, der sich soeben in der Regierung vollzogen hat, mit den üblichen Be-

griffen von Treue und der Kameradschaftlichkeit vereinbaren läßt.

Die Hitler-Barone lösen den Reichstag auf, weil er ihnen in seiner großen Mehrheit Mißtrauen entgegenbringt. Sie befragen das Volk, ob es ihnen vertraut. Die Antwort darauf muß sein: eine noch größere Mehrheit gegen die Hitler-Barone und ein noch schärferes Mißtrauen!

Im Volk, ohne Unterschied der Partei, muß es den allerübelsten Eindruck machen, daß dieses Kabinett der offenen Auseinandersetzung mit der Opposition so geflistentlich aus dem Wege geht. Zweifellos beruht diese nicht allzu mutige Taktik auf einer Vereinbarung mit den Nationalsozialisten, die genau so, wie die Regierung selbst, eine Reichstagsdebatte noch vor dem Wahlkampf nicht ertragen können.

Seit Herr von Papen am Ruder ist, ist Adolf Hitler nicht wiederzuerkennen. Der Trommler gegen das System hat sich in einen sanften Flötenspieler verwandelt. Er fährt jetzt in Mecklenburg umher und gibt eine Fülle schwammig-schleimiger Redensarten von sich, die weder heiß noch kalt und nicht gehauen und nicht gestochen sind. An die Stelle des trohigen Trohalledem ist ein bedächtiges Einerleits und Andererseits getreten, und wenn man auch natürlich „Kompromisse“ verabscheut, ist man doch zu „Koalitionen“ bereit. Kein Zweifel, der große Adolf wird ein „Staatsmann“. Wäre der Reichstag zusammgetreten, so hätte Herr

von Papen der Frage nicht ausweichen können, wie er zu den Nationalsozialisten steht. Und die Nationalsozialisten hätten Farbe bekennen und erklären müssen, ob das ihre Regierung ist oder nicht, ob sie noch eine Oppositionspartei oder schon eine Regierungspartei sind oder was sonst. Da haben auch sie es vorgezogen, zu kneifen. Sie sind zweifellos mit dem wenig würdigen Verhalten der neuen Regierung einverstanden, denn gegen den ganzen Reichstag würde die neue Regierung nicht so gehandelt haben, wie sie gehandelt hat.

Doch was soll das Vertuschungsspiel? Sieht denn nicht auch ein Blinder, daß die beiden unter einer Decke stecken! Indem die Regierung von Papen den Reichstag auflöst, führt sie einen Auftrag Adolf Hitlers aus. Und welchem Zweck soll die Auflösung dienen? Nationalsozialisten und Deutschnationale sollen gestärkt, Sozialdemokratie und Zentrum sollen geschwächt werden, das ist der Zweck der Uebung!

Aber vielleicht kommt es diesmal doch anders!
Es gibt ganz geschickte Leute, die laufen mit Leichenbittermeine herum und sagen, die Nazis seien nun einmal am Ge-

winnen und das werde eben einsteifen so weiter gehen. Diese ganz geschickten Leute soll, mit Respekt gesagt, der Teufel holen! Sie sind sowieso schon tot und haben nur vergessen, sich begraben zu lassen. Darum können sie auch nicht mehr sehen, daß wir seit der Ernennung der Regierung von Papen eine ganz neue politische Situation haben. Diese neue politische Situation birgt gewiß große Gefahren in sich, sie bietet aber auch der Sozialdemokratie ganz neue unerhörte günstige Aussichten.

Der „Vorwärts“ hat gestern abend, nachdem der Auflösungsbeschluss des Kabinetts bekannt geworden war, den Wahlkampf mit der Verbreitung eines Extrablattes eröffnet. Wer selber mit den frischgedruckten Blättern in der Hand durch die Arbeiteriertel Berlins, durch die großen Parks der Vorstädte gewandert ist, der weiß, daß in Berlin ein frischer Wind weht. Wer erlebt hat, wie Genossen und Reichsbannerkameraden von allen Seiten herbeieilten und sich förmlich darum rissen, sich an der Verteilungsarbeit beteiligen zu dürfen, der weiß, daß es in Berlin einen fröhlichen Kampf geben wird. Und wie in Berlin wird es überall im Reiche sein.

Es ist genug, jetzt ergreifen wir die Offensive!

Fort mit den Hitler-Baronen!

Es lebe die Sozialdemokratie!

Kaas an von Papen.

Christentum der Etikette oder Christentum der Tat?

Der Antwortbrief, den der Vorsitzende des Zentrums, Prälat Kaas, an den Reichskanzler von Papen gerichtet hat, ist ein politisch wie stilistisch bemerkenswertes Schriftstück. Hier sein Wortlaut:

Sehr geehrter Herr Reichskanzler!

„Wenn Worte einen Sinn und Erklärungen einen Wert haben sollen, mußte ich auf Grund unserer Aussprache am Dienstagmorgen mit Sicherheit annehmen, daß Sie das Amt des Reichskanzlers aus zwingenden Gründen nicht übernehmen würden. Von dieser Auffassung ausgehend, habe ich mich in der Sitzung des geschäftsführenden Vorstandes für die Logik Ihrer Entscheidung verbürgt.“

Unmittelbar danach traf die Nachricht ein, daß Sie im Gegensatz zu der mir gegebenen Zusage anders entschieden hätten. Wenn Sie in Ihrem Schreiben als ein Mann die Notwendigkeit einer „Synthese aller wahrhaft nationalen Kräfte“ betonen, so umschreiben Sie ein politisches Ziel, an dem die Zentrumspartei und ich selbst im Sinne der Verwirklichung des nationalen Volksstaates seit Jahren unermüdet arbeiten. Die Verwirklichung eines solchen Gedankens verlangt aber eine möglichst breite Basis, das heißt den ernstgemeinten Versuch zur Zusammenfassung der aus allen Lagern sich zu staatspolitischer Arbeit bereitfindenden Kräfte. Sie selbst haben mir feinerzelt im Anschluß an Ihre Dülmenrede und in Ausdeutung derselben ausdrücklich erklärt, daß

zu einer nationalen Konzentration auch prominente Männer der Linken, selbst der sozialdemokratischen Linken gehören sollten.

Für uns ist es dabei eine vom katholischen Bissen herkommende Selbstverständlichkeit, daß den Grundgedanken des Christentums die ihnen gebührende Einflusnahme auf das gesamte Staatswesen in tatkräftigen Handlungen gesichert werden muß. Ein solcher Grundgedanke muß dann aber auch von jenen Kräften bejaht und in der Praxis getätigt werden, die ein neues Deutschland heraufzuführen wollen. Die Hoffnung der jungen Generation wird eine große Enttäuschung erfahren, wenn man nur äußerlich diese kulturelle Parole ausgeben würde, ohne daß alle führenden Kräfte der nationalen Konzentration die Fähigkeit und Bereitwilligkeit mitschächten, diese Parole auch sachlich und innerlich bis in ihre letzten Folgerungen zu verwirklichen.

Ein Christentum der Etikette wäre wertlos.

Was allein auch im Politischen helfen kann, ist das Christentum der Tat.

Sie unterscheiden zwischen dem Parteimann und dem Deutschen. In meiner Uebersetzung ist für eine solche Teilung kein Platz. Sie als Kenner meiner politischen Auffassungen werden auch am wenigsten annehmen können, daß ich oder die von mir geführte Partei fähig wäre, über parteiteglicher Enge das Vaterländische zu vergessen. Beweis hierfür ist unter Einireten für denjenigen Mann, den Sie in Ihrem Schreiben als Symbol der Zusammenfassung bezeichnet haben. In diesem Zusammenhang darf ich darauf hinweisen, daß der frühere Herr Reichskanzler Dr. Brüning in Uebereinstimmung mit meiner Partei und mir den Versuch gemacht hat, die Wahl des Herrn Reichspräsidenten als gemeinsamen Kandidaten des gesamten Volkes jenseits aller politischen Gruppierungen ohne inneren Kampf zu sichern.

Diese wahrhaft vaterländische Aktion hat das Verständnis und die Unterstützung auch in solchen Gruppen gefunden, die Sie jetzt aus der nationalen Konzentration ausschließen.

Und sie sind erbitterter Widerstand in Kreisen derer, mit denen Sie die nationale Konzentration jetzt durchführen zu können glauben. Ich würde es begrüßt haben, wenn Sie in Konsequenz Ihrer früheren Haltung aus den erwähnten Tatsachen diejenigen Folgerungen gezogen haben würden, die sich für jeden vorurteilsfreien Beurteiler daraus ergeben haben.

Indem Sie dieses Moment einer wirklichen Konzentration hint angeht haben, sind Sie, wie Sie selbst empfunden und in Ihrem Schreiben zum Ausdruck gebracht haben, von dem auf Volksgemeinschaft eingestellten Grundgedanken der Zentrumspartei abgewichen. Sie haben aus diesem Gegensatz bereits die persönlichen Folgerungen für Ihre politischen Beziehungen gezogen.

Ich nehme an und glaube auf Grund mündlicher Äußerungen Ihrerseits dazu berechtigt zu sein, daß der von Ihnen vorgenommene Schritt der Trennung von der Organisation der Zentrumspartei Ihnen nicht leicht gefallen ist. Zu dieser Annahme fühle ich mich um so berechtigter, als Ihr Schreiben eine rückhaltlose Anerkennung der Arbeit unseres hervorragenden Vertreters, des früheren Herrn Reichskanzler Dr. Brüning, enthält. Ich bin und bleibe davon überzeugt, daß keine sachlich vertretbare, der inneren Sammlung und der internationalen Friedensarbeit und deutschen Völkergemeinschaft dienende Richtung der deutschen Politik sich von der Linie entfernen kann, welche Herr Dr. Brüning unter namenlosen Rufen und unerbittlichen Anfeindungen verfolgt hat. Viele von denjenigen, die heute in der Diffamierung von der bisherigen Arbeit

und ihren Trägern eine Verbesserung der deutschen Erfolgsaussichten sehen, werden nach meiner Uebersetzung in kurzer Zeit erkennen, daß der von Ihnen beschrittene Weg ein Irrweg ist.“

In ausgezeichneter Hochachtung

gez. Kaas.

Mit dem Briefwechsel zwischen dem Zentrumsführer und dem abtrünnigen Parteimitglied ist eine Auseinandersetzung im Lager des politischen Katholizismus eingeleitet. Man darf dem Leser selbst die Entscheidung überlassen, auf welcher Seite die geistige und moralische Ueberlegenheit ist!

Reichskommissar für Preußen?

Dazu fehlen die verfassungsmäßigen Voraussetzungen.

Im „Börsenlichen Beobachter“ schreibt heute der Abgeordnete Alfred Rosenberger zur Lage in Preußen:

Das Zentrum sei nicht gewillt, die alte Geschäftsordnung für die Wahl des Ministerpräsidenten wiederherzustellen. Somit sei für den Reichspräsidenten und das neue Reichskabinett das Problem in gleicher Weise gegeben wie zur Zeit Brüning, und man könne „absolut nichts dagegen einwenden“, daß, im Falle eine Neuwahl des Ministerpräsidenten in Preußen nicht zustande käme, die bisherige Koalition oder in der gleichen Minderheit verbleibe, etwa Herr von Papen oder Freiherr von Gagl als Reichskommissar für Preußen eingesetzt würde.

Zu solchen Plänen hört das Nachrichtenbüro des B.D.Z. aus gut unterrichteter preussischer Stelle, daß zur Zeit die verfassungsmäßigen und gesetzlichen Voraussetzungen für die Bestellung eines Reichskommissars für Preußen absolut fehlten. Zunächst müsse einmal geklärt werden, ob das preussische Parlament nicht einen neuen Ministerpräsidenten zu wählen imstande sei. Vor allem aber müßten Ruhe, Sicherheit und Ordnung gefährdet, sowie die

Finanzlage präferiert sein, ehe an die Möglichkeit der Ernennung eines Reichskommissars zu denken wäre.

Alle diese Voraussetzungen seien für Preußen noch nicht gegeben, zumal in Preußen jetzt noch eine Regierung arbeite, die bereits 18 Jahre lang die Staatsgeschäfte im größten deutschen Einzelstaat geführt hat! Staatsrechtlich unklar sei noch, ob eine Landtagsmehrheit imstande wäre, die Bestellung eines Reichskommissars zu verlangen. Aber ob eine solche Mehrheit im Falle der staatsrechtlichen Befähigung dieser Möglichkeit überhaupt zustande kommt, müsse als zweifelhaft bezeichnet werden!

Niederlage der Hitlerei.

Ein weiteres Vorspiel zu den hessischen Landtagswahlen.

Frankfurt a. M., 3. Juni. (Eigenbericht.)

Eine Wahlniederlage der Nazis wird aus dem hessischen Städtchen Merlau im Kreise Kassel gemeldet. Bei einer Beigeordnetenwahl erhielt der bisherige sozialdemokratische Abgeordnete Georg Beder 170 Stimmen, während auf seinen Gegenkandidaten, den Nationalsozialisten Münch, nur 124 Stimmen entfielen. Beder wurde mit absoluter Mehrheit gewählt. In Merlau erhielten die Nationalsozialisten bei der hessischen Landtagswahl am 15. November 1931 179 Stimmen, sie verloren also 55 Stimmen, das ist fast ein Drittel ihres Bestandes!

Regierungsbildung in Bayern.

Ein Vorschlag der Bayerischen Volkspartei.

München, 3. Juni. (Eigenbericht.)

Der erste offizielle Schritt zur Neubildung der bayerischen Regierung ist jetzt erfolgt. Die Fraktion der Bayerischen Volkspartei als die stärkste des neuen Landtags, hat den übrigen Fraktionen mit Ausnahme der Kommunisten auf schriftlichem Wege den Vorschlag gemacht, sich auf die Wahl eines Ministerpräsidenten zu einigen, dessen Aufgabe es dann wäre, dem Landtag ein Ministerium vorzustellen, das eine Landtagsmehrheit hinter sich habe. Gleichzeitig wird in dem Schreiben Dr. Held als dieser Ministerpräsident vorgeschlagen und gebeten, sich bis zum Wiederzusammentritt des Landtages am 17. Juni dazu zu äußern.

Diese ungewöhnliche Art der Regierungsbildung wird mit den augenblicklichen Zeitverhältnissen (unmittelbar bevorstehende Landtagswahlen) begründet und erklärt, solche Zeiten seien nach Auffassung der Bayerischen Volkspartei nicht geeignet für Vereinbarungen koalitionsfähiger Art unter Parteien, die in diesem Wahlkampf vielfach entgegengesetzte Anschauungen vertreten werden.

Der Vorschlag läuft praktisch darauf hinaus, der Bayerischen Volkspartei Generalvollmacht zur Bildung einer parlamentarischen Regierung zu geben, ohne daß den anderen Parteien irgendein Einfluß auf die Zusammenfassung dieser Regierung und auf ihre sachliche Politik eingeräumt wird. Es soll damit der Plan eines sogenannten Kabinetts der Köpfe vermiecht werden, das aber doch nur aus Angehörigen oder Vertrauensleuten der Bayerischen Volkspartei bestehen würde. Zur Bildung einer solchen Regierung, die eine parlamentarische Mehrheit hinter sich hätte, sind die Sozialdemokraten oder die Nationalsozialisten notwendig. Da eine dieser Parteien geneigt sein wird, der Bayerischen Volkspartei das geforderte blinde Vertrauen entgegenzubringen, ist kaum anzunehmen. Kommt aber auf diesem Wege eine parlamentarische Regierung nicht zustande, so denkt man offenbar an die Beibehaltung der jetzt seit 14 Jahren bestehenden Geschlechterregierung Dr. Held, mindestens solange, bis durch die Neuwahlen des Reichstages eine Klärung der Verhältnisse im Reich und Preußen herbeigeführt ist.

Hitler toleriert die Baronie!

Der Naziführer mit der Reaktion.

Die Regierung der konzentrierten Reaktion wird am Sonnabend mit der Verfügung des Reichspräsidenten über die Auflösung des Reichstages zugleich programmatische Äußerungen verlaublich lassen. Man beachtet, sich in diesen Äußerungen auf die dringendsten Gegenwartsaufgaben zu beschränken. Ein herrlicher Vorwand, um die eigentlichen Absichten dieser durch Hintertreppenspolitik zustande gekommenen Regierung von Papen zu verbergen!

Zunächst gibt es für die Absichten der neuen „Präsidentenregierung“ einige Anhaltspunkte, und das sind insbesondere zwei Reden, die der Vorsitzende der ministeriellen Baronie, Herr von Papen am 2. Oktober 1931 in Dülmen und am 8. April 1932, also kurz vor der zweiten Präsidentenwahl, im Verlauf eines Schwauengefanges vor der Wählerkammer (eines langjährigen Wohnortes) Merfeld bei Dülmen hielt. Im Zentrum ist der Inhalt beider Reden heftig kritisiert worden und ein großer Teil der Zentrumspresse hat ausdrücklich darauf hingewiesen, daß die Zentrumspartei mit den Reden des Herrn von Papen nichts gemein hat.

In Dülmen forderte von Papen innenpolitisch eine scharfe Schwengung der Politik nach rechts. Die versteckte Diktatur der Regierung Brüning müsse sich der parlamentarischen Verteidigung entledigen. Brüning müsse ein „nationales Konzentrationkabinett“ bilden, das losgelöst sei von jeder parlamentarischen Verantwortunglichkeit und sozusagen eine Diktatur auf nationaler Grundlage errichte.

Sozialpolitisch sei die Abschaffung aller Tarifverträge erforderlich, ferner ein

Allgemeine Funktionärkonferenz

Am Montag, dem 6. Juni, pünktlich 10 1/2 Uhr, im großen Saal des Saalbau Friedrichshain, Am Friedrichshain 16-26
Thema: Die augenblickliche politische Situation und die Aufgaben der Arbeiterklasse.
Referenten: Dr. Rudolf Breitscheid, M. d. R. und Ernst Hellmann M. d. L.
Zutritt nur gegen Vorzeigung des Parteimitgliedsbuches mit gleichlautender Funktionärkarte. Der Bezirksvorstand.

neues Fürsorgeteilen, das in das freie Benehmen des Unternehmers zu stellen sei, und schließlich die Abschaffung der Knappschaften.

In Merfeld bei Dülmen forderte von Papen anlässlich seines Schwauengefanges die Reorganisation und Reformierung der deutschen Verfassung von Grund auf, Aenderung des Parlamentarismus,

eine erste Kammer, ähnlich dem alten Herrenhaus, das als Regulativ über das Parlament gestellt werden müsse.

und außerdem eine Verwaltungs- und Reichsreform, die zur Beseitigung des Dualismus Preußen-Reich führe. Das aber sei nur möglich, wenn im Reich und Preußen die großen Regierungskonstellationen zu verjähren seien, und das wiederum sei nur erreichbar, wenn es gelänge, den Nationalsozialismus zu positiver Mitarbeit heranzuziehen und aus ihm herauszuholen, was an Gütern und Werten in ihm stecke.

In diesem Zusammenhang sind Äußerungen bemerkenswert, die Generalkommandant von Schleicher, der neue Wehrminister, in diesen Tagen vor vertrauten Kreisen über die Dauer des Kabinetts von Papen gemacht hat. Diese Äußerungen, nach denen die neue Regierung vier Jahre im Amt bleiben werde und Hitler niemals im Reich, wohl aber in Preußen zur Regierung kommen dürfe, veranlassen das Berliner Organ der christlichen Gewerkschaften „Der Deutsche“ zu folgenden Ausführungen:

„Diese Neuwahl des Reichstages ist eine der Abmachungen, die von den neuen Männern mit Hitler geschlossen sind. Die Nationalsozialisten werden gemäß diesen Absichten das Kabinett Papen tolerieren. Daraus wohlwollend tolerieren. Denn die Abmachungen zwischen Hitler und dem jetzigen Reichswehrminister Schleicher greifen offenbar weit über die Neuwahlen hinaus. Entsprechende Äußerungen von General H. Schleicher sind bekannt; demnach verhandelt der Reichswehrminister mit einer Regierungsjahr dieses Kabinetts von vier Jahren. Mag sein, daß nach den Reichstagswahlen der eine oder andere Minister abgelöst wird von einem den Nationalsozialisten nahestehenden Mann — die eigentlichen Träger des

Rabinetti und seines Kurzes sind wissend, zu bleiben. Dazu haben sie, wie berichtet wird, das Einverständnis Hitler. Als Entgelt für dieses Zugeständnis sollen die Nationalsozialisten die Regierung in Preußen erhalten, wenn nötig, mit Hilfe von Neuwahlen und mit Hilfe des Reiches. Hitler verspricht sich offenbar von der Übernahme der Macht und des ganzen Verwaltungsapparates in Preußen mehr für seine Anhänger als von einer Übernahme der Verantwortung im Reich.

Die Reden des Herrn von Papen und die jüngsten Erklärungen seines Schrittmachers von Schleicher sind jedenfalls ein Beweis mehr dafür, daß der Sturz Brüning und die Übernahme der Macht durch die Barone von langer Hand vorbereitet sind. Sie waren nur möglich im Einverständnis mit Hitler. Während dieser Handlung dem Führer der nationalsozialistischen Bewegung die baldige Übernahme der Macht im Reich und in den Ländern prophezeit ist, schämeht die nationalsozialistische Führung mit ihren feudalen Geldgebern, Baronen, Grafen, Freiherren, Schwerindustriellen und Großagrariern um die Ämter im Reich und in Preußen.

Ein größeres Täuschungsmandat ist kaum vorstellbar. Sein Ziel und Zweck ergibt sich aus den oben wiedergegebenen Äußerungen des Herrn von Papen: Man will zurück zu dem Deutschland des Dreiklassenwahlrechts! In diesem Ziel ist sich die Barone mit Hitler und Konforten einig. Darum die Aufspaltung der Nazi-Arbeiterpartei durch große Geldsummen! Die Dummen sind alle die, die dem Schwindel von der Nazi-Arbeiterpartei ihre Kraft und ihren Glauben geschenkt haben!

„Wird“ und „bleibt“.

Was der „Lokal-Anzeiger“ aus Schleichers Erlaß herauslief

Behrminister von Schleicher hat in seinem Erlaß u. a. erklärt: „Ich werde meine Kraft daran setzen, daß die Reichswehr dazu befähigt wird, ihre Berufsaufgabe zu erfüllen, Deutschlands Grenzen zu schützen und seine nationale Sicherheit zu gewährleisten.“

Der „Lokal-Anzeiger“ unterstreicht, daß Herr von Schleicher ausdrücklich das Wort „wird“ gewählt habe, und nicht das Wort „bleibt“. Dieses eine Wort sei „außerordentlich wichtig“, und sein Sinn sei klar.

Damit unterstellt das Hugenberg-Blatt Herrn von Schleicher die Behauptung, daß bisher die Reichswehr nicht fähig war, ihre Berufsaufgabe zu erfüllen.

Wir fragen: Ist der neue Wehrminister mit dieser Besart einverstanden, die eine unerhörte Herabsetzung seiner Vorgänger enthält, insbesondere des Herrn Groener, dem er, von Schleicher, eigentlich alles verdankt?

Ist das Hugenberg-Blatt, das sich geradezu regierungsoffiziell gebärdet, dabei inspiriert worden?

Solche und andere Fragen hätte die Regierung im Reichstag beantworten müssen, hätte sie nicht die Aussprache gescheut. Wird sie sie trotzdem beantworten — oder sich durch ihr Schweigen mit der schändlichen Unterstellung des „Lokal-Anzeigers“ solidarisieren?

Italiens Anspruch auf „Expansion“.

Faschismus ist rücksichtsloser Nationalismus.

Rom, 3. Juni. (Eigenbericht)

Der italienische Außenminister del Boca hat sich am Freitag in einer Rede im Senat mit der Abrüstungskonferenz, der Reparations- und Schuldenfrage, dem Problem der Hilfe für die Donauländer und der sogenannten „italienischen Frage“, d. h. Italiens Anspruch auf Expansion.

In bezug auf die Abrüstungskonferenz erklärte Grandi, daß sie auf dem toten Punkt angelangt sei und die Arbeit neu begonnen werden müsse. Der Konflikt der Abrüstungskonferenz würde den Konflikt des ganzen Völkervertrages bedeuten. Hinsichtlich der Reparationen seien Italiens Programm und Ueberzeugung die gleichen geblieben. Es sei zur Ueberwindung der Weltwirtschaftskrise notwendig, ein für allemal das Problem der Schulden und Reparationen endgültig zu lösen. Italien sei noch wie vor für die völlige Streichung der traglichen Kriegsschuld. Es erkläre sich zu erster Aufbaurarbeit bereit, aber es könne nicht mehr Opfer übernehmen, als es seinen Möglichkeiten entspreche. Den Donauländern müsse ebenfalls geholfen werden.

Am Schluß seiner Rede erklärte Grandi: Italiens 42 Millionen Einwohner könnten in den engen Grenzen nicht dauernd leben. Italiens wirtschaftliche Bewegungsfreiheit und seine Sicherheit ständen unter dem laudinischen Joch des Zwanges. Diese Lebensfrage Italiens müsse unbedingt in das große Problem der Erneuerung und des Wiederaufbaues der Welt eingereicht werden.

Irredentaprozeß in Böhmen.

Sudetendeutscher Wanderredner verurteilt.

Pilsen, 3. Juni.

In dem Prozeß gegen den Wanderredner des Bundes der Deutschen in Böhmen, Sapp Schwarz, und den Rentmeister Müller wegen Hochverrats und Spionage berichteten in gehobener Verhandlung die militärischen Sachverständigen, zwei Offiziere des Generalstabes. In öffentlicher Verhandlung hielten die Verteidiger die Schlüsselwörter. Nach fünfviertelstündiger Beratung verkündete der Vorsitzende den Urteilspruch. Joseph Schwarz wurde danach, vom militärischen Verrat freigesprochen. Dagegen wurde er schuldig erkannt, durch seine persönlichen Verbindungen und Versammlungen im Deutschen Reich Anschläge gegen die tschechoslowakische Republik unterstützt sowie die Republik und die tschechische Nation in seinen Reden und Artikeln beschimpft zu haben. Dafür wurde Schwarz unbedingt zu zwei Jahren schweren Kerkers sowie Verlust der Ehrenrechte auf drei Jahre verurteilt. Die Haft vom 18. November 1931 bis Ende Mai 1932 wurde eingerechnet. Rentmeister Müller wurde von der Anklage wegen Nichtanzeige des militärischen Verrats freigesprochen, weil der Tatbestand nicht erwiesen sei und weil durch den Freispruch des Angeklagten die Anklage gegen Müller hinfällig wurde. Der verurteilte Schwarz hat gegen das Urteil Berufung eingelegt.

ADD-Räume geschlossen. Auf Anordnung des Riesaer Polizeipräsidenten wurden die dortigen Parteiräume der K.P.D. und des kommunistischen Parteizentralrats polizeilich geschlossen, weil dort in den letzten Tagen wiederholt Sabotageakte organisiert worden seien. Im Zusammenhang mit der gewaltsamen Ausräumung der Maschinenanlagen am Hafen durch Demonstranten wurden von der Polizei mehrere Kommunisten festgenommen.

Erste Naziniederlage im Landtag.

Es bleibt bei der Aenderung der Geschäftsordnung / Mehrheit gegen die Rechte.

Der Preussische Landtag lehnte am Freitagabend in namentlicher Abstimmung mit 212 gegen 202 Stimmen den deutschnationalen Antrag ab, der für den neuen Landtag die Geschäftsordnung des alten Landtages vor der von der Weimarer Koalition beschlossenen Aenderung in Kraft setzen wollte. Gegen den deutschnationalen Antrag stimmten das Zentrum, die Sozialdemokraten und die Kommunisten.

Otto Brauns Schreiben an den Landtag.

Ministerpräsident Otto Braun hat an den Landtagspräsidenten Kertel als Ergebnis der Aussprache im Staatsministerium zu den Vorgängen im Landtag am 2. Juni das nachfolgende Schreiben gerichtet:

„Im Nachgang zu meinem Schreiben vom gestrigen Tage teile ich Ihnen ergebenst mit, daß das Staatsministerium soeben folgendermaßen Stellung genommen hat:

Die Rechtsfrage, ob und in welchem Umfange Artikel 24 Satz 1 der Verfassung auch auf ein gemäß Artikel 59 Abs. 2 der Verfassung nur die laufenden Geschäfte führendes Staatsministerium Anwendung zu finden hat, kann dahingestellt bleiben.

Die Redner aber, die gestern das Erscheinen der Staatsminister verlangt haben, haben durch die Form ihrer Begründung zu erkennen gegeben, daß es sich

nicht um ein sachlich begründetes Verlangen gemäß Artikel 24 der Verfassung handelt.

Wenn der Herr Abg. Kaiser, ohne vom Herrn Präsidenten zur Deduktion gerufen zu werden, ausgeführt hat, daß man hier über eine Regierung, die wegen ihrer verdräckerischen Politik auf die Anklagebank gehöre, zu Gericht sitzen wolle, und wenn der Herr Abg. Kube undenkbar wiederholt davon spricht, „das Kabinett Braun habe zur letzten Musterung anzutreten“, so ergibt sich daraus ohne weiteres, daß es den Antragstellern

nur um eine Verunglimpfung der Staatsregierung und der einzelnen Minister zu tun war.

Im übrigen ist das Staatsministerium der Ansicht, daß es gegen jeden parlamentarischen Brauch und gegen den Geist der Verfassung verstößt, Mißtrauensanträge gegen eine zurückgetretene Regierung zu stellen und sie im Parlament zu erörtern.

Das Staatsministerium hat den Wunsch, die Führung der Geschäfte so bald wie möglich einer verfassungsmäßig zustandkommenden neuen Regierung zu übergeben, und würde es begrüßen, wenn der Landtag nach baldiger verfassungsmäßiger Aufgabe erfüllt und einen neuen Ministerpräsidenten wählen würde.“

Landtag beschlußunfähig.

Nächste Sitzung 22. Juni.

In der politischen Aussprache im Landtag sprach gestern weiter

Abg. Drügemüller (Soz.):

Die Reden der großen Sieger der Breitenwahl, der Herren Nationalsozialisten, waren von einer in diesem Hause noch nicht dagewesenen sachlichen Dürftigkeit. Insbesondere die Rede des Abgeordneten Kube genüge nicht im antwortenden den Anforderungen, die man an den Führer einer großen Partei stellen muß. (Lärm bei den Soz.) Sie haben hier stürmisch verlangt, daß sich die Regierung auf die Anklagebank legen sollte. Aber als 1925 die Preußenregierung im Wahlkampf siegreich geblieben war und Ministerpräsident Braun vor den neugewählten Landtag trat, hat namens Ihrer Partei der Abgeordnete Dr. Koerner Widerspruch erhoben, daß ein Minister vor einen Landtag trete, der durch diesen Landtag weder gewählt noch bestätigt sei. Als trotzdem Otto Braun zu sprechen verfuhr — er wollte eine Protesterklärung der preussischen Staatsregierung gegen die Fortdauer der Rheinlandsbesetzung zu Gehör bringen —, haben Sie ihn durch Lärmen daran zu hindern gesucht.

Jetzt verlangen Sie das Erscheinen eines zurückgetretenen Ministerpräsidenten. Zu welchem Zweck eigentlich? Um die Reden und Erklärungen anzuhören, die Sie hier im Hause abgegeben haben, lohnt es doch wirklich nicht. (Sehr gut! bei den Soz.)

Zu unserer Ueberraschung hat Herr Kube gestern versichert, die Bereinigung der preussischen Regierungstrage erlaube ihm in diesem Augenblick weder notwendig noch zweckmäßig. (Lärm bei den Soz.) Das scheint uns an der Selbstsicherheit, die Herr Freiler heute hier an den Tag gelegt hat, zur Uebernahme noch viel zu fehlen. (Sehr gut! bei den Soz.) — Zurück bei den Soz.: Ihre Geschäftsordnungsänderung! (Lärm bei den Soz.) Ich beabsichtige nicht, auf die Anzahl drückender und nationaler Standfälle aus dem letzten Jahr heute einzugehen. Aber schreiben Sie doch einmal statt des alten Barmot von den neuen Labalen und Kreuzer! (Sehr gut! bei den Soz.)

Herr Kube hat weiter erklärt, daß Rußland und Italien natürlich nicht verpflichtet seien, andere Meinungen als die der Staatsleitung zuzulassen; aber in Preußen müßten sie die unbedingte Innehaltung der Redefreiheit und Demokratie fordern.

Wir haben in diesem Zusammenhang eine Erklärung darüber vernommen, ob auch im Dritten Reich die eigene Meinung und das freie Wort eine freie Staff haben werden.

(Sehr gut! bei den Soz.) Werden Sie auch, wenn Sie die Macht in Händen haben, sich dem erneuten Urteil des Volkes unterwerfen? Herr Freiler hat darüber jede Erklärung abgelehnt. (Zurück bei den Soz.) Das Volk hat schon gesprochen! Die Frage ist gerade die, ob Sie es auch in Zukunft werden sprechen lassen!

Herr Freiler hat angeführt, sie würden auch das als politische Verbrechen betrachten, was nach geltendem Recht noch unter keine Strafbestimmung fällt. Dieser Grundgedanke ist weder neu noch deutsch; er stammt von der Entente und ihrer Forderung der Wiedereinführung des ehemaligen Anters und der anderen sogenannten Kriegsverbrecher. Uns erscheint jeder Gedanke an eine solche Aufhebung eines Kulturvolkes einfach unwürdig. (Sehr gut! bei den Soz.)

Herr Steuer hat mit Pathos verlangt, daß dem preussischen Volk endlich der Raubtier abgenommen werde. Der Redner der konservativen Partei, die bis tief in den Weltkrieg hinein uns getreulich den Arbeitern die Barmschmerzen selbst in der Nähe der Großstädte abgetrieben hat, ist die allerletzte, die derartige Klagen auch nur mit einem Schein von Recht vorbringen könnte.

Diese Partei, die uns vorweist, wir hätten durch den Klassenkampf das Volk vertrieben, hat in ihrem Dreiklassenwahlrecht dem Herrnhalter in Altona das hundertfache Wahlrecht des ehrenhaften Hafenarbeiters gegeben; diese Partei hat die Arbeiterinnen mit vier oder fünf oder mehr Kindern vom Wahlrecht

ausgeschlossen; diese Partei hat den Klagen gegen die äußerste Verdrängung in dieser Klasse, die überhaup der kapitalistischen Wirtschaftsweise entspricht.

Die schamlose Hege der Nationalsozialisten und Nationalsozialisten gegen die Nachkriegsregierungen war nur möglich auf der Grundlage der Lüge, daß wir bei der Revolution dem deutschen Volk Gutz und Wohlstand verschaffen hätten. Aber diese ganze Darstellung ist eine ihrer zahlreichen Agitationslügen! (Lärm bei den Soz.) Wir haben Ihnen bereits im letzten Landtag die Rede Friedrich Eberis verlesen, in der er am 10. November 1918 vor den Berliner Soldatenräten im Zirkus Babel ausgeführt hat, es werde unerhört schwer sein, aus diesem Trümmerhaufen wieder einen Staat aufzubauen. Am 9. Juli 1919 hat der damalige Außenminister Hermann Müller in der Nationalversammlung vor der Annahme des Versailler Vertrages erklärt: „Aufrechterhalten bleibt heute und immer unser einstimmiger Protest gegen diese Vertragsgemordene Bergemalting. Wir alle, unter ganzes Volk steht heute vor dem Ausbruch zu einem vierzigjährigen Marisch durch die Wüste.“ Das klingt ganz anders als die Ankündigung von Gutz und Wohlleben.

Die Männer, die 1918 mutig und verantwortungsbewußt in die Bresche gesprungen sind, haben nichts Fairkes versprochen; aber sie haben das Schlimmste vom deutschen Volk und der deutschen Nation erfolgreich abgewehrt.

(Lärm bei den Soz.) — Lärm bei den Soz.) Der Leidensweg, den das deutsche Volk durchgemessen muß, ist ihm aufgezungen worden durch die Politik der kaiserlichen und königlichen Regierungen der Vorkriegszeit. Die Not des deutschen Volkes, die Not aller Völker stammt aus der nationalsozialistischen Verheerung, die den Blick für die Notwendigkeiten des Lebens trübt. Die Folgen dieser nationalsozialistischen Verheerung, den Krieg, hat noch immer die breite Masse des Volkes zu tragen gehabt. Bei der Arbeitsbeschäftigungsdebatte hat die Nationalsozialistische Partei angekündigt, sie würde im Rahmen der allgemeinen politischen Aussprache ihre Ideen entwickeln. Heute hat sich der Abgeordnete Lohse damit begnügt, aufzuführen, wieviel notwendige Kulturarbeiten im alten reichen Preußen die Nachhaber, die Hohenzollern, nicht geleistet haben. Dabei ein Wort zu der hier geführten Hohenzollerndebatte. Wir haben nie bestritten, daß unter den Hohenzollernischen Fürsten ein paar tüchtige Kerle waren.

Aber von Ihnen war es unerschrocken, daß Sie in der Aufzählung der Hohenzollern, die eine Leistung vollbracht haben, ausgerechnet den Vater Ihres Fraktionskollegen vergessen haben.

(Heiterkeit links, großer Lärm bei den Soz.) Herr Abg. Lohse hat besonders auf die Notlage der Landwirtschaft hingewiesen. Uns ist diese Notlage niemals eine Nebenfrage gewesen. Es ist in der Tat ein Skandal, wenn der Landwirt für sein Schwein und sein Rind im Stall nur ein paar Mark bekommt, und der städtische Verbraucher unerhört hohe Fleischpreise zahlen muß. Aber da hilft kein noch so lächerlicher Zolltarif; da hilft nur eine andere Organisation der Verteilung, die dem arbeitenden Bauern sichert, was er auf Grund seiner Arbeitsleistung beanspruchen kann. (Zurück rechts: Euro Schieber!) Als meine Parteifreunde im Reichstag im Interesse der arbeitenden Bauern den Versuch unternahmen, einen völlig überflüssigen Teil des Handels — die Schieber, von denen Sie sprechen — auszuscheiden, als wir das Staatsmonopol für Getreideeinfuhr und Getreideausfuhr forderten, hat gerade die nationalsozialistische Fraktion dagegen gestimmt.

Sie schreien gegen die Schieber, weil Sie nicht gegen sie ton wollen. (Sehr gut! bei den Soz.)

Sie fordern Arbeitsdienstpflcht. Gewiß, dann sind die Arbeitslosen beschäftigt. Nicht oder geben Sie damit dem arbeitenden Menschen auch die Möglichkeit zu leben; nicht geben Sie dem arbeitenden Menschen das Recht und die Entlohnung, auf die er einen ethischen Anspruch hat.

In dieser neuen Reichsregierung braucht man keinen Reichsarbeitsminister. Im Dritten Reich wird man ihn noch weniger brauchen; die bisherige Aufgabe der Sozialpolitik übernimmt die Komparteschreibstube. (Große Heiterkeit und Sehr gut! links.)

Die Nationalsozialisten haben noch nicht den geringsten Versuch gemacht, auch nur ein einziges ihrer Wohlreden einzuhalten. Im Nationalismus, in der Ueberzeugung der Völker von einander kann Zukunft und Wohlstand nicht liegen. Im wohlverstandenen nationalen Gefühl und wohlverstandener nationaler Betätigung hat sich die Sozialdemokratie noch niemals übertraffen lassen. (Großer Lärm bei den Soz.)

Die Herren, die noch kurze Hosen tragen, als wir das Vaterland verteidigten, können uns Sozialdemokraten national nicht beleidigen.

(Sehr gut! bei den Soz.) Aber bei aller Beschöpfung der Nation — nur die Abkehr vom völkerverheerenden Nationalsozialismus kann die arbeitenden Menschen von Untergang retten. Deutschland wird nur leben, wenn es sich abkehrt vom Nationalismus und wieder zuwendet dem Menschheitsideal der Freiheit, der Gleichheit und der Brüderlichkeit. (Stürmischer Beifall bei den Soz.)

Damit schließt die Aussprache. Präsident Kertel teilt dem Hause mit, daß er nunmehr die gestern vom Ministerpräsidenten schriftlich zugelegte Mitteilung über das Ergebnis der Kabinettsitzung hinsichtlich des gestrigen Landtagsbeschlusses auf Herbeizitierung des Staatsministeriums erhalten habe und bemerkt, zu dem Schreiben, er habe bereits gestern gegenüber dem Abg. Hellmann gesagt, daß er selbstverständlich einen Ordnungsruf erteilt hätte, wenn er den Ausdruck „verdräckerische Regierung“ gehört hätte.

Dann begannen die Abstimmungen über die der politischen Aussprache zugrunde gelegten Anträge. Das Haus nimmt dann zunächst die namentliche Abstimmung über den deutschnationalen Antrag vor, die Geschäftsordnung des vorigen Landtags in der Fassung, die am 11. April (d. h. ohne die Aenderung der Bestimmungen über die Ministerpräsidentenwahl) gültig war, bis auf weiteres für den neuen Landtag zu übernehmen.

Mit 212 gegen 202 Stimmen der Antragsteller, der Nationalsozialisten und der Deutschen Volkspartei wird der Antrag abgelehnt. (Zurück bei den Nationalsozialisten: „Scheidung!“ — Große Heiterkeit links.)

Es folgt die namentliche Abstimmung über den Antrag der Kommunisten: „Der Landtag spricht dem Staatsministerium Braun-Senering das schärfste Mißtrauen aus.“

Der Antrag wird mit 203 Stimmen der Nationalsozialisten, der Deutschnationalen, der Deutschen Volkspartei und der Kommunisten angenommen.

Die anderen Parteien enthielten sich der Abstimmung, weil sie diese nicht für zulässig hielten.

Damit erledigte sich der deutschnationaler Antrag, wonach das Staatsministerium das Vertrauen des Landtages entbehrt.

Bei der Abstimmung über den Antrag der Kommunisten, alle Zahlungen auf Grund des Young-Planes und die Zinsen und Tilgungszahlungen für die Dawes-Anleihe einzustellen, ergibt sich die Beschlußunfähigkeit des Hauses, da nur 129 Stimmabgegeben worden sind.

Präsident Kertel hebt die Sitzung daraufhin auf. Die nächste Sitzung wird voraussichtlich am 22. Juni stattfinden.

Das Programm der Nationalsozialisten.

Inflation, Zwangsarbeit und Hunger. — Entrechtung der Arbeiter, Angestellten und Beamten.

Einer der übelsten Bietredner der Nazis, der Rechtsanwalt und Abgeordnete Feiler, sagte gestern im Preussischen Landtag im Laufe einer langen Rede, wir stünden „an der Schwelle der schweigenden Tat“. Wie diese „schweigende Tat“ der Nationalsozialisten aussehen würde, wenn sie ans Ruder kämen, hatte vor Feiler bereits der Abg. Lohse wenigstens teilweise enthüllt:

„Nur allerhöchste Schutzdämme können die deutsche Landwirtschaft retten. Wir Nationalsozialisten sind für die allgemeine Arbeitsdienstpflicht. Das geht allerdings mit den Methoden der Reichsbank nicht. Dazu brauchen wir eine selbständige Währung.“

Dieses Teilprogramm der „schweigenden Tat“ der Nationalsozialisten spricht eine laute und verständliche Sprache. Allerhöchste Schutzdämme, das bedeutet für die arbeitenden Schichten in Stadt und Land eine ungeheure Verteuerung der Lebenshaltung. Damit aber alle die, die gegen Lohn und Gehalt ihren Lebensunterhalt verdienen müssen, oder die als Klein- und Sozialrentner auf dürftige Groschen angewiesen sind, nicht etwa zu üppig werden, hat die angebliche Nationalsozialistische Arbeiterpartei eine „selbständige Währung“ vorgesehen, mit der sich die Arbeiter, Angestellten, Beamten, die Sozial- und Kleinrentner zu begnügen haben. Diese „selbständige Währung“ ist nichts anderes als das herabgesetzte Feder-Geld, das eine Neuaufgabe der Inflation ungelungen Angebots darstellt.

Für die Reichen und für Auslandszahlungen soll nach wie vor die Reichsmark als wertbeständiges Geld weiterbestehen. Für die Lohn- und Gehaltsempfänger, für die Sozial- und Kleinrentner das Inflationsgeld.

Dazu passt ausgezeichnet die Arbeitsdienstpflicht, die der etwas lose Mund des Abg. Lohse ankündigt. Es ist seinerzeit im Reichsarbeitsministerium über die Arbeitsdienstpflicht eingehend verhandelt worden. Die Verteidiger dieser Idee wurden erucht, ihre

Abichten zu begründen. Es hat sich dabei herausgestellt, daß diese Maßnahme so riesige Kosten verursachen würde, daß ihre Durchführung schon daran scheitern müßte. Die Nationalsozialisten machen das anders. Auch die Arbeitsdienstpflicht soll mit der „selbständigen Währung“ finanziert werden. Wir können es nur begrüßen, wenn die „schweigende Tat“ der Nationalsozialisten noch rechtzeitig vor den Reichstagswahlen bekannt wird. Sie heißt

Zwangsarbeit, Inflation und Teuerung. Statt Preisabbau Preissteigerung ins Uferlose; statt Arbeitsbeschaffung Zwangsarbeit, statt Tarifverträge und feste Löhne und Gehälter fortgesetzte Entwertung durch Inflation.

Der Reichsarbeitsminister ist bereits verschwunden. Ihm würde — wenn der Mantel fällt, muß auch der Herzog nach — unsere gesamte Sozialpolitik, der Schutz der Alten und Kranken, der Kriegsbeschädigten, der Unfallverletzten, der Invaliden- und Altersrentner unweigerlich nachfolgen, wenn es den Nationalsozialisten gelingen würde, in den bevorstehenden Reichstagswahlen die Macht zu erringen.

Die Fronten sind so klar wie sie nur sein können: hinter der Regierung des Herrn von Papen stehen die Nationalsozialisten. Hinter den Nationalsozialisten steht das Schwerkapital, stehen die ostelbischen Großgrundbesitzer, die die Nationalsozialisten finanzieren. Die Arbeiter, die Angestellten, die Beamten wissen, was sie von diesen Leuten zu erwarten haben. Wer es noch nicht weiß, dem muß es gesagt werden. Die Herrschaft der Nationalsozialisten bedeutet Inflation, Entrechtung der Arbeit, Teuerung und Hunger.

Die Herrschaft der Nationalsozialisten, das ist die Herrschaft des reaktionärsten Scharfmachertums. Die Herrschaft der Nationalsozialisten, das ist die Verechtung aller Beamtenrechte und aller Arbeiterrechte.

Es ist kein Zufall, daß sich bei der sogenannten Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei eine große Masse ehemaliger Offiziere zusammengefunden hat. Sie hoffen, das Heer der Arbeitsdienstpflichtigen, die gratis schuften müssen, kommandieren und schurkegen zu können. Man braucht sich diese Herrschaften nur etwas näher anzusehen, die Heines und Schulz, man braucht sich nur der Memoranden der Schwarzen Reichswehr zu erinnern, um eine klare Vorstellung zu haben von den Zuständen, die die Nationalsozialisten im Heer der Arbeitsdienstpflichtigen aufzurichten gedenken.

Für wen sollen diese Gratisarbeiter schuften? Für die bankrotten Großgrundbesitzer, denen die Hungerlöhne der Landarbeiter noch zu hoch sind, für die Schwerindustriellen, die Sturm laufen gegen Tarifverträge und Schlichtungsweien.

Es wäre vollständig sinnlos, sich jetzt um den Nachweis zu bemühen, daß diese Pläne und Absichten zu einer beispiellosen Wirtschaftskatastrophe führen würden. Es geht jetzt darum, zu verhindern, daß derartige Pläne zur Ausführung kommen. Die gesamte Arbeiterklasse, in erster Linie aber die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter, Angestellten und Beamte, gleichviel welcher Richtung, müssen jetzt erkennen, daß

die Stunde des Kampfes um Sein oder Nichtsein

für sie gekommen hat. Die Nationalsozialisten wollen das Ideal der Scharfmacher aller Zeiten verwirklichen, indem sie zunächst die gewerkschaftlichen Organisationen zerlegen, um den Arbeitern, Angestellten und Beamten ihren Schutz zu nehmen. Alles was die Arbeiterklasse in einem 70jährigen Kampfe errungen hat, soll ihr geraubt werden. Man will ihr diese Rechte nehmen, um ihr die Lebensmöglichkeit und die Möglichkeit des Aufstiegs zu nehmen. Inflation, Zwangsarbeit und Hunger ist das Programm der Nationalsozialisten. Es gilt, die Nationalsozialisten aufs Haupt zu schlagen!

Entschlossen und bereit.

Die Gewerkschaften zum Kampf.

Zu der neuen Situation durch den Sturz des Kabinetts Brüning und der Ernennung des Kabinetts von Papen äußert sich die „Gewerkschaftszeitung“ in ihrer heutigen Ausgabe. Es heißt da u. a.:

Es wäre völlig müßig, in diesem Augenblick Vermutungen über das zu produzieren, was geschehen kann, oder gar Vorauslagen zu wagen über das, was kommen wird. Wir sind keine Sterndeuter. Die Gewerkschaften haben weder zur Freude noch zur Trauer Anlaß. Sie standen mit der Regierung Brüning nicht im Bunde. Sie haben die Politik der Duldung dieses Kabinetts durch die SPD. gebilligt, weil sie diese Politik als notwendige Folgerung aus dem Zwang der Lage anerkannten, die aus der Bedrohung des republikanischen Reiches durch den Faschismus entstanden war. Aber sie haben dennoch der Wirtschaft- und Sozialpolitik der alten Regierung stets kritisch, ja ablehnend gegenübergestanden, sie waren unermüdet bestrebt, dieser Politik durch die entschiedene Vertretung ihrer Forderungen eine andere Richtung zu geben. Und die Gewerkschaften werden ihren Weg unbeirrt fortsetzen. Sie werden ihre sozialpolitischen, lohnpolitischen, wirtschaftspolitischen und außenpolitischen Gedanken jeder anderen Regierung gegenüber mit gewohnter Ueberzeugungstreue vertreten und sie werden es verstehen, ihren Forderungen mit den ihrem Wesen eigenen Mitteln öffentlichen Wirkens Nachdruck zu verleihen. Sie haben die Politik der Duldung Brünings anerkannt als eine Methode zur Verteidigung der demokratischen und sozialrechtlichen Grundsätze der Weimarer Verfassung. Sie werden zur Wahrung der Rechte und Freiheiten der Arbeiterbewegung andere Methoden wählen, wenn eine Veränderung in der Frontordnung der Gegner einen solchen Wechsel der Kampfmethoden gebietet.

Nazis und Arbeitslosigkeit.

An ihren Früchten sollt ihr sie erkennen.

Können die Nazis Arbeit schaffen? In Braunschweig sind sie schon geraume Zeit am Ruder, man hat aber bis jetzt noch nichts davon gehört, daß sie dort auch nur den geringsten Erfolg auf dem Gebiet der Arbeitsbeschaffung aufzuweisen haben. Im Gegenteil: nach der Landtagswahl, die die nationalsozialistische-deutschnationale Mehrheit brachte, wurde im Februar 1931 im Landtag ein „Ausschuß zur Steuerung der Not der Arbeitslosen und zur Minderung der Arbeitslosigkeit“ eingesetzt. „Schon“ am 14. August trat er zum erstenmal zusammen und nach drei weiteren Sitzungen war es mit ihm Ende September bereits zu Ende; denn seit dem 27. September hört und sieht man nichts mehr von ihm. Die Regierung beruft ihn nicht mehr ein, weil sie weiß, daß sie und ihr Ausschuß zusammen keinem Arbeitslosen auch nur ein Stück Brot verschaffen kann. Dabei wurden in dem Ausschuß von freigewerkschaftlicher Seite durchaus realisierbare positive Vorschläge zur Hebung der Arbeitslosennot gemacht. Die Nazis führten diese Vorschläge nicht durch, obwohl sie behaupten, die Gewerkschaften hätten ihre Arbeitsbeschaffungspläne aus dem — Naziprogramm abgelehnt! Sie führen sie nicht durch, weil ihr wirkliches Programm nicht der Schutz, sondern die Unterdrückung der Arbeiter ist.

Gegen Arbeitslosigkeit und Kriegsgefahr

Internationale der öffentlichen Dienste.

Der Kongreß der Internationale des Personals öffentlicher Dienste, der dieser Tage in London stattfand, beschäftigte sich nach seiner Stellungnahme zum Kampf um die öffentliche Wirtschaft noch mit der Unfallfrage, der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und der Kriegsgefahr.

Ueber Unfälle und Berufskrankheiten sprach Dukes-England. Er forderte verstärkten Kampf gegen die Unfallgefahren und die Berufskrankheiten. Dieser Kampf sei eine der wichtigsten Aufgaben der Organisation, und in ihm müsse auch eine Verständigung mit den Arbeitgeberern angestrebt werden. An Hand einer Uebersicht über zwölf große Länder zeigte Dukes, daß die gesetzliche obligatorische Unfallversicherung für gewerbliche Betriebe in internationalem Maßstab sich immer mehr durchsetzt. Die vom Kongreß zu der Unfallfrage angenommene Ent-

scheidung besagt im wesentlichen: Der Unfallversicherung sind alle in abhängiger Arbeit stehenden Arbeitnehmer ausnahmslos zu unterstellen. Wo Ausnahmen zugelassen werden, darf die Sonderregelung nicht geringeren Schutz und geringere Leistungen als die allgemeine Unfallversicherung bieten. Berufskrankheiten sind als Arbeitsunfälle zu betrachten. Die Liste der Berufskrankheiten, die in dem Abkommen des Internationalen Arbeitsamtes vom Jahre 1925 aufgestellt wurde, ist international und national auch durch die Erkrankungen zu ergänzen, die in den öffentlichen Betrieben aller Art als Berufskrankheiten angesprochen werden müssen.

Ueber „Weltarbeitslosigkeit, Rationalisierung und Arbeitszeitverkürzung“ sprach Henriksen-Norwegen. Lengersdorff-Deutschland beleuchtete die Bestrebungen des verstorbenen Direktors des Internationalen Arbeitsamtes Albert Thomas um internationale Arbeitsbeschaffung. Der von Thomas eingeleitete Kampf müsse auch jetzt nach seinem Tode fortgeführt werden. Alle Versuche zur Anrufelung der Wirtschaft gipfeln in der Forderung nach Vergabung von öffentlichen Arbeiten; denn der Organismus des Privatkapitals sei in Unordnung geraten und finde von sich aus nicht mehr den Weg ins Freie.

Die Anregungen des Kongresses zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit wurden in einer einstimmig angenommenen Entschließung zusammengefaßt. Sie fordert Kontrollorgane für den Betrieb, um unnötige Entlassungen zu verhindern. Wertzigungswoche bzw. Fünftageswoche, allgemeine Abschaffung der Ueberstundenarbeit und Einführung oder Aufrechterhaltung einer wirkungsvollen Arbeitslosenversicherung.

Ueber die Abrüstungsfrage berichtete der Sekretär des französischen Gewerkschaftsbundes Ernest Richard. Er betonte, der Appell an das Gefühl zur Verberrlichung und Propagierung des Krieges spiele heutzutage leider wieder eine große Rolle. Hiergegen müsse angeklämpft werden. Richard forderte vor allem die Verstaatlichung der Rüstungsindustrie.

In die Stelle des bisherigen Präsidenten Levenan-England, der bereits das 75. Lebensjahr vollendet hat, wurde vom Kongreß Charles Dukes-England einstimmig gewählt.

Keine Einigung im Ruhrbergbau.

Herr Warmbold hat das Wort.

Die Verhandlungen über den Lohn- und Manteltarif im Ruhrbergbau, die gestern im Reichsarbeitsministerium stattgefunden haben, sind ergebnislos verlaufen. Die Entscheidung über den Schiedspruch des Schlichters Professor Brahn liegt nunmehr beim Reichsarbeitsminister. Sie wird die erste lohnpolitische Entscheidung der jetzigen Regierung sein.

Ein Bild in Zahlen.

Die Löhne der Textilarbeiter.

Der Hauptvorstand des Textilarbeiterverbandes hat ein 285 Druckseiten umfassendes Werk herausgegeben, das über sämtliche in der deutschen Textilindustrie seit Ende 1923 vereinbarten tariflichen Zeit- und Akkordlöhne Auskunft gibt. Für denjenigen, der hinter statistischen Zahlen zu lesen versteht, ist dieses Buch sehr aufschlußreich. Eine aufmerksame Betrachtung der Zahlen, die für jeden einzelnen Tarifbezirk und jede Arbeiterkategorie in der Textilindustrie das Auf und Nieder der tariflichen Zeit- und Akkordlöhne seit November 1923 wiedergeben, zeigt zunächst einmal, auf welchen erschreckenden Tiefstand die Textilarbeiterlöhne durch die Inflation gekommen waren, so daß ihre Umrechnung auf Goldlöhne bei der Stabilisierung geradezu Bettelpennige als Stundenlöhne ergab. Der jähen Arbeit des Textilarbeiterverbandes ist es dann gelungen, diese Glendelöhne bis 1928 auf ein einigermaßen erträgliches Niveau zu bringen, wenn auch von auskömmlichen oder gar hohen Löhnen in der Textilindustrie nicht gesprochen werden konnte. Deutlich sichtbar wird dann der Abstieg seit 1929/30, der durch die Krise und besonders durch die Lohnpolitik der Reichsregierung herbeigeführt wurde. In dieser Beziehung ist das Werk eine untrügliche Bilanz gewerkschaftlicher Aufbauarbeit und unfruchtbarer Rückwärts politik der Reichsregierung. Seinen Hauptzweck wird die Arbeit der Tarifabteilung des Textilarbeiterverbandes als Nachschlagewerk reiflos erfüllen, da es schnellstens über die Lohnverhältnisse in jedem Gebiet der deutschen Textilindustrie genaueste Auskunft gibt. Die Statistiken schließen mit dem Stand vom 2. Januar 1932 ab und können fortlaufend ergänzt werden.

Streik der Klempner geht weiter.

Am Donnerstag ist vor dem Schlichtungsausschuß über die Beilegung des Streiks der Klempner in den Badeapparatefabriken und der Bauklempner, Rohrleger und Helfer in den Betrieben der Klempner- und Installateurinnung zu Berlin verhandelt worden.

Gewerberater Körner bemühte sich, die Parteien zum Abschluß einer freien Vereinbarung zu bewegen, und zwar auf der Grundlage des Abkommens, das kürzlich zwischen dem Metallarbeiterverband und dem Arbeitgeberverband der Zentralheizungsindustrie und der gesundheitstechnischen Firmen in Berlin getroffen worden ist. Seine Bemühungen schlugen jedoch fehl, weil den Innungsmeistern und Badeapparatefabrikanten der Lohnabbau von 19 Pf. pro Stunde, den dieses Abkommen für die Facharbeiter vorsah, noch längst nicht weit genug geht. Die Schlichtungsverhandlungen wurden schließlich ergebnislos abgebrochen.

Am nächsten Dienstag soll die Schlichtungskammer wieder zusammentreten und für beide Gruppen Schiedssprüche fällen. Wenn man auch von dem Berliner Schlichtungsausschuß allerlei gewöhnt ist, darf man aber kaum annehmen, daß der Schlichtungsausschuß durch einen Schiedspruch das Tarifsystem zerklüftet, das für die beiden Gruppen der Bauklempner und Rohrleger seit nahezu 30 Jahren besteht und niemals eine unterschiedliche Entlohnung der beiden Berufsgruppen gekannt hat.

Verbindliche Schiedssprüche.

Der Schlichter für den Bezirk Brandenburg hat die Lohnabbauentscheidungen für die Steinmetzen, Schriftthauer, Schleifer und sonstigen Arbeiter der Berliner Grabmal-, Rarmor- und Werksteinindustrie für verbindlich erklärt. Damit wird für die gelehrten Arbeiter in den einzelnen Gruppen ein Lohnabbau von 24 bis 32 Pf. pro Stunde und für die an- und ungelernen Arbeiter ein prozentual ähnlicher Abbau wirksam.

Von einem „Streikabwürgen“ durch die Vertreter des Zentralverbandes der Steinarbeiter, über das die „Rote Fahne“ jeter, kann keine Rede sein, da in dieser Branche der Streik zwar beschlossen, aber noch nicht aufgenommen worden war. Die Vertreter des Steinarbeiterverbandes haben sich vielmehr sehr darum bemüht, die Verbindlichklärung der Schiedssprüche abzuwenden. Die gleichen Anstrengungen wurden von den Organisationsvertretern auch gemacht, um den Antrag der Berliner Steinsehermeister auf Verbindlichklärung des Schiedspruches für dieses Gewerbe zu Fall zu bringen. Auch diese Bemühungen waren leider erfolglos; gestern ist auch die Verbindlichklärung des Schiedspruches für das Steinsehergewerbe erfolgt, der den Tarifstundenlohn des Steinsehers von 1,49 M. auf 1,16 M. und des Kammerers von 1,34 M. auf 99 Pf. heruntersetzt.

Auf Grund dieser Entscheidung des Schlichters hat die Ortsverwaltung des Zentralverbandes der Steinarbeiter zu heute, Sonnabend, vormittag 10 Uhr, nach dem Gewerkschaftshaus eine Versammlung der streikenden Steinseher und Kammer einberufen.

Freie Gewerkschafts-Jugend Berlin

Deuts. Sonnabend, 4. Juni, finden folgende Veranstaltungen statt: Götterkreis: Parteipolitik in der DDB, Lehnstiel, Rollen 1 M. — Moskau: Wie sind auf Weltfahrt. — Charlottenburg: Nachfahrt nach Berlin. — Korfbrücke: Kreisfahrt. — Jugendgruppe des Verbandes der Nahrungsmittele- und Getreidearbeiter. Fahrt nach Uckerath. Treffpunkt 19½ Uhr. Steintiner: Heroldshof. — Jugendgruppe des Gesamtverbandes: Wandernsfahrt nach Oster König (Dobrowers). Treffpunkt 18½ Uhr. Götter Kreis: Nachhof. — Jugendgruppe des Deutschen Gewerkschaftsbundes, Kauer: Spandau, Sanabend, Jugendheim Eintracht.

Jugendgruppe des Zentralverbandes der Angestellten

Unser Singkreis hat heute von 10-12 Uhr im Jugendheim Tiller Straße. — Spiele im Feiern heute ab 18 Uhr auf dem Sportplatz Gumboldshain.

Verantwortlich für Politik: Viktor Schiff; Schriftf. G. Klingelbiller; Gewerkschaftsbewegung: A. Steiner; Führer: Dr. John Schlawski; Politik und Sonstiges: Fritz Harth, Karsten; D. Hilde; sämtlich in Berlin. Verlag: Germania-Verlag G. m. b. H. Berlin. Druck: Germania-Verlag und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co. Berlin SW 46 Lindenstraße 2. Sizus 2 Belegten.

Schöne weiße Zähne

Ichon noch einmal. Dagen mit der herrl. erzieh. Schmiedenden „Chlorodont-Zahnpaste“, schreib uns ein Kuaher. Tube 60 Pf. und 80 Pf.

Flugzeug stürzt auf Fabrikgebäude!

Dach durchschlagen — 8 Arbeiterinnen verletzt.

In Johannisthal stürzte gestern ein Sportflugzeug aus größerer Höhe ab. Der Apparat prallte mit ungeheurer Wucht auf das Dach der Chemischen Werke Temmler. Das leichte Dach wurde glatt durchschlagen und das Flugzeug stürzte in das Innere der Fabrik und zwar in einen Raum, in dem 20 Arbeiterinnen mit Packarbeiten beschäftigt waren. Eine Arbeiterin wurde dabei getötet, sieben Packerinnen wurden außerdem verletzt. Der Pilot des Unglücksflugzeuges, der 38 Jahre alte Sportflieger Willi Gabriel aus der Kaiser-Wilhelm-Straße 31 in Johannisthal, kam wie durch ein Wunder mit leichten Abschürfungen davon. Nach der Behandlung im Krankenhaus konnte er nach Hause entlassen werden.

Gegen 18 Uhr kreiste Gabriel mit seinem Sportflugzeug D 1660 über dem Flugplatz und vollführte Kunstflüge. Dabei geriet er über die Flugplatzzone hinaus und das Unglück wollte es, daß der Apparat ins Trudeln kam. Das Flugzeug stellte sich steil und fauste in die Tiefe. Mit furchtbarem Krach schlug der Apparat auf das Dach eines langgestreckten Fabrikgebäudes der Temmler-Werke, in dem sich die Expedition und Packerei befinden. Das schwache Dach wurde natürlich glatt durchschlagen und mit dem Motor fiel das Flugzeug mitten in die Arbeitsbänke, an denen etwa 20 Packerinnen saßen. Alles stürzte den Ausgängen zu, laute Hilfschreie ertönten. Der Absturz war vom Flugplatz beobachtet worden und man hatte die Feuerwehr alarmiert. Die Johannisthaler Wehr, die als erste an der Unglücksstätte erschien, gab sofort an die Hauptfeuerwehrwache in Berlin den Alarm „Katastrophe“, worauf vier weitere Züge mit Rettungs-, Rüst- und Sanitätswagen an die Unfallstelle eilten. Der übrige Teil der Belegschaft der Temmler-Werke hatte sich inzwischen von dem ersten Schreck erholt und mehrere Arbeiter und Angestellte drangen in den Unglücksraum ein. Es herrschte ein furchtbares Durcheinander. Zwischen zertrümmerten Holzteilen lagen blutüberströmte die verletzte Packerinnen; die meisten der Verunglückten hatten das Bewußtsein verloren. In aller Eile wurden die Verletzten ins Schönweider St.-Elisabeth-Hospital gebracht. Eine der verletzten Arbeiterinnen, die 25 Jahre alte Hedwig Rother aus der Wilhelminenhofstraße 79 in Oberschöneweide war litten Verletzungen bei der Einlieferung bereits erlegen. Ein Teil der anderen

Schwerverletzten wurde sofort in die Operationssäle gebracht, da Lebensgefahr bestand. Die Namen der im Elisabeth-Hospital daniederliegenden Verletzten sind:

- Erna Gradtke, 24 Jahre, Treptow, Scheibestraße 13a;
- Hedwig Judies, 23 Jahre, Johannisthal, Friedrichstraße 12;
- Hertha Judies, 24 Jahre, Grünau, Copeniaer Straße 18;
- Gertrud Marls, 26 Jahre, Oberschöneweide, Luisenstraße 26;
- Frieda Hildebrand, 21 Jahre, Johannisthal, Roonstraße 14;
- Magda Götting, 27 Jahre, Oberschöneweide, Edisonstraße 47;
- Hertha Kiedel, Johannisthal, Partstraße 23.

An der Unglücksstätte.

Wenige Minuten vom Bahnhof Schöneweide entfernt liegt die Stätte des schrecklichen Unfalls. Auf dem Grundstück Am Flugplatz 6 liegen die einstöckigen Hallen der Chemischen Werke Temmler. Schon von weitem sieht man aus dem Dach einer Halle das Schwanzende eines Flugzeuges hervorstechen. Das abgestürzte Flugzeug hat in das Dach ein großes Loch von etwa 30 Quadratmeter Umfang gerissen. Der Propeller ist zerplittert und der Motor hat sich tief in den Zementboden eingewühlt. Es riecht stark nach Benzindämpfen und wie der Sachverständige der Feuerwehr, Baurat Anders erklärt, ist es noch als ein besonderer Glücksstand anzuspüren, daß die Benzinnengen, die aus dem zertrümmerten Tank herausklopfen, nicht in Brand geraten sind. Das Unglück hätte in diesem Falle noch erheblich schlimmere Folgen gehabt.

Von der Flugpolizei ist inzwischen eine Untersuchung eingeleitet worden. Bisher war es noch nicht möglich, die genauen Ursachen des Flugzeugabsturzes zu klären. Die Maschine hatte sich Gabriel selbst gebaut und sie war von den Behörden zugelassen worden.

Das verunglückte Sportflugzeug

ist eine eigene Konstruktion des Sportfliegers Willi Gabriel, der sich durch seine Flüge schon einen gewissen Namen gemacht hatte. Es handelt sich um einen Doppeldecker, der etwa eine Kreuzung zwischen einem Udel-Flamingo und einem Albatros darstellt, und von der D.V.V., bei der sie untergestellt war, zu Kunstflügen zugelassen war.

dürfen, daß Verhaftungen vorgenommen werden dürfen, ohne daß die Öffentlichkeit die Möglichkeit hat, die Dinge nachzuprüfen.

Das schändliche Vorgehen des „Angriff“ richtet sich von selbst. Wo es sich für die um Deutschland so dringend notwendige Beschaffung ausländischer Aufträge und ausländischer Devisen handelt, bringt es dieses „Organ der öffentlichen Meinung“ fertig, von Kapitalverschleubungen in größtem Maßstabe und himmelschreienden Skandalen der roten Bonzen zu reden. Die beteiligten Stellen des Verbandes der Sozialen Baubetriebe werden alle notwendigen Schritte gegen ein solches Vorgehen unternehmen.

Die „Vorwärts“-Extraausgabe

durch die die Reichstagsauflösung bekanntgegeben und zum Kampf gegen die Regierung der Barone und ihre nationalsozialistischen Reichführer aufgerufen wurde, ist in den geistigen frühen Abendstunden in Hunderttausenden von Exemplaren in Berlin verteilt worden. Das war zwar nur der Anfang dieser Verbreitungskampagne, die von den Parteigenossen nunmehr planmäßig betrieben werden wird, aber ein vielversprechender Anfang.

Etwa fünfzehn Kraftwagen waren zu diesem Zweck ausbezogen worden, die in allen Himmelsrichtungen davonausfuhren, um die Extrablätter unter der Berliner Bevölkerung zu verteilen. Reichsbannerkameraden und sonstige Angehörige der Eisernen Front hatten sich in den Dienst der Sache gestellt und hatten ihre reine Freude an dieser wirkungsvollen Propagandaarbeit. Die Blätter fanden reichlichen Absatz, vor allem in den großen Wohngebieten der Arbeiterklasse, am Wedding, in Neukölln, in Moabit, im Dönnitz usw. In der neunten Abendstunde, also eine knappe Stunde nach Bekanntgabe des Auflösungsbeschlusses der Junkerregierung, war die Aktion schon im vollen Gange. Namentlich in den Parkanlagen, wo die Proletarier an diesem schönen Frühlingsabend Erholung suchten, wurden unsere Verteiler förmlich belagert. Man hörte überall Ausrufungen der Kampfschloffenheit gegen den Faschismus, nur selten gehässige Bemerkungen; letztere zeichneten sich stets durch ihre Blödsinnigkeit und Gemeinheit aus. Unter den Zelten, wo sich die Moabiter Nazis abendlich ein Stelldichein geben, versuchten Faschisten unsere Verteiler zu provozieren. Sie wurden jedoch durch Schutzpolizisten energisch zur Ruhe gemahnt und im übrigen bewies auch dort die Mehrheit des spazierenden Publikums ihr reges Interesse an der Sonderausgabe des „Vorwärts“.

Der Wahlkampf ist eröffnet! Der Propagandafeldzug der Partei hat begonnen! Die Stimmung der Berliner Bevölkerung ist vorzüglich. Die Regierung der Hitler-Barone hat schon durch ihre Zusammenkunft dem Volk gezeigt, worum es geht. Das Volk wird sich siegreich wehren!

Opfer der Verzweiflung.

Furchtbare Familientragödien in Breslau und Hamburg.

Breslau, 3. Juni.
In der Nacht zum Freitag erschlug der in der Augustastraße wohnende 26jährige Bürogehilfe Gottfried Kuhle seine Ehefrau und tötete dann seinen dreijährigen Sohn und seine einjährige Tochter mit einem Dolch. Er brachte sich darauf selbst mehrere Stiche in den Unterarm mit einem Taschenmesser bei. Die Tat wurde erst am Freitagnachmittag entdeckt. Nach Neußerungen, die die Frau einige Tage vor der Tat gegenüber anderen Personen gemacht hatte, geht hervor, daß die Bluttat im Einverständnis erfolgt ist. Kuhle gibt an, daß er die Tat aus wirtschaftlicher Not begangen habe.

Hamburg, 3. Juni.
Am Freitagnachmittag sprang die 37jährige Ehefrau Karoline Aspiron zusammen mit ihren neun und sechs Jahre alten Knaben aus ihrer im vierten Stockwerk gelegenen Wohnung auf die Straße. Die Frau und der älteste Knabe waren sofort tot. An dem Aufkommen des Sechsjährigen muß gezweifelt werden. Nach einem Brief erfolgte die Verzweiflungstat wegen unglücklicher Familienverhältnisse.

Billiger Sonntag im Zoo. Am nächsten Sonntag, 5. d. M., kostet der Eintritt in den Zoologischen Garten nur 50 Pf. für Erwachsene und 25 Pf. für Kinder unter 10 Jahren; dieselbe Ermäßigung gilt für das Aquarium. Von 4 bis 8 Uhr spielt eine Militärmusik, von 8 Uhr ab das Deutsche Blasorchester, Dirigent Kapellmeister Sonntag (Rotstandsorchester des Arbeitsamts Berlin-Mitte).

Gemeine Naziverleumdungen.

Sie beschuldigen die Bauhütten der Kapitalverschlebung ins Ausland.

Wirtschaftsbankrotteure und Kapitalflüchtlinge sind bei den Geldgebern der Nazis zu Hause. Die Nazis brauchen Munition für den Wahlkampf. Sie wollen in die marxistische Front eindringen. So wird in niederträchtiger Weise darauf los verleumdet. Im größten Aufmachung bringt der „Angriff“ gestern Behauptungen über Kapitalverschlebung des Verbandes sozialer Baubetriebe ins Ausland, die, mit dem Anschein allgemäher Genauigkeit versehen, auch das Ausmaß jener Lügen noch übertreffen, die man von den Nazis gewohnt ist.

Die Bauhütte für Pommern und ihr Leiter Lüd hätten das schmutzige Geschäft der Kapitalverschlebung nach dem Auslande betrieben, und zwar in allergrößtem Maßstab. Lüd habe als finanzieller Leiter aller deutschen Bauhütten derartige Kapitalverschlebung unter dem Deckmantel von Auslandsaufträgen schon seit langem „gefingert“. Der „Angriff“ spricht von einem himmelschreienden Skandal, der mindestens dem der Skarets und Barmats gleichkommt.

Der wirkliche Tatbestand.

Der hinter diesen Anklagen steht, ist sehr einfach. Die Bauhütte Pommern ist eine der größeren Zweigunternehmungen des Verbandes sozialer Baubetriebe. Nachdem die hinter dem jetzt regierenden Adelskabinett stehenden den deutschen Baumarkt seit Jahren zu einer Wüste gemacht haben, haben auch die Bauunternehmer des Verbandes sozialer Baubetriebe sich bemüht, ausländische Bauaufträge hereinzubekommen. Es ist bekannt, daß privatkapitalistische Bauunternehmungen dies in allergrößtem Maßstabe zu tun versuchen, und daß es ein vordringliches volkswirtschaftliches und nationales Interesse ist, durch Hereinholung aus-

ländischer Aufträge, mit denen Devisenforderungen im Auslande entstehen, die deutsche Handels- und Zahlungsbilanz zu verbessern. Nach langen Bemühungen ist es in Paris auch gelungen, ein großes Wohnungsbauprojekt zur Ausführung durch die Bauhütte Pommern zum Abschluß zu bringen. Um diese Bauaufträge durchführen zu können, wurde in Paris eine Gesellschaft gegründet, an der sich die Bauhütte Pommern beteiligte. Für die ersten Bauarbeiten und für die Beteiligung hatte der deutsche Bauunternehmer auch Geld zur Verfügung zu stellen. Als dieses Geld überwiesen werden sollte, lehnte die zuständige Devisenbeschaffungsstelle die Zurverfügungstellung der erforderlichen Beträge zunächst ab. Um des im Interesse Deutschlands dadurch gefährdete Baugeschäft dennoch durchführen zu können, wurde die Verbindung mit französischen Bankkreisen aufgenommen, die auch zur Kreditgewährung unter der Bedingung bereit waren, daß die deutsche Bauhütte bei einer deutschen Bank auf ein Sperrkonto die betreffenden Beträge in Reichsmark einzahlte.

So weit der Tatbestand. Es ist unerfindlich, wie die Zollfahndungsstellen hier in Aktion treten konnten. Die Bauhütte Pommern ist mit größter Vorsicht verfahren, zumal sich in dem Dickschicht der Devisenbeschaffungsstellen kein Mensch mehr auskennt. Sie hat Sachberater herangezogen, die dem Bankhaus Marcus, Berlin-Potsdam, nahestehen. Der Leiter der Bauhütte Pommern hat mit der Durchführung der Transaktion im einzelnen nichts zu tun.

Von den mit der Angelegenheit befaßten Stellen ist zu verlangen, daß der Öffentlichkeit sofort eine Aufklärung über die Zusammenhänge gegeben wird. Denn es ist ein unerträgliches Zustand, daß Verleumdungen in die Welt hinausgestreut werden



Greif zu!

„Schnell erkennen, was gut ist und zugreifen“ ist ein besonderer Vorzug des Berliners.

Darum auch der schnelle Erfolg der neuen „Gold Saba“ nach dem alten Original-Rezept!



Bäder u. Kurorte



Durch das Siegtal.

Es ist eine bekannte und erklärliche Tatsache, daß ein jeder seine Heimat in rosigem Licht sieht. Alles an ihr und in ihr ist schön und bewundernswert. Der Rheinländer lobt seinen Rhein, seine stolzen Berge, seine schönen, rebenbewachsenen, rheindurchfluteten Täler, seine alten Burgen mit ihren sagenumspunnenen Geheimnissen. Der Westfale träumt selig und still von seiner roten Erde, die so starke Menschen trägt. Alle sind stolz auf ihre Heimat, preisen sie in Wort und Lied.

Das Auge des Reisenden, der still beobachtend von Siegburg bis Beydorf fährt, kann sich kaum satt trinken an der schlichten Schönheit, die sich landschaftlich dem Auge bietet. Wie ein silbernes Band windet sich die Sieg durch einsam-stille Täler. Trauliche Dörfer, grüne Waldhänge und blühende Baumwiesen wechseln miteinander ab. Wie in einem Filmstreifen treten immer wieder neue Bilder vor unser Blickfeld; es könnten fast die gleichen sein, aber es gibt so viele Unterschiede und die sieht nur der, der ein Auge für sogenannte „Kleinigkeiten“ hat. Bald liegt der Unterschied in der Lagerung, bald am Durchfließen von den Siegwällen; bald am Vorhandensein eines schmalen Forsthauses, bald an einem kleinen Dörfchen, das sich allerliebste in die Landschaft einschmiegt. Wenn man so manches vorbeifliegende Fleckchen erblickt, dann möchte man am liebsten die Eisenbahn verlassen und sich still an einen solch schönen Platz setzen und schauen, immer wieder nur schauen. . . .

Im Siegtal wohnt ein prächtiger Menschenschlag. Vielleicht fällt nirgend so wie gerade hier im Siegtal die Verbundenheit von Mensch und Natur ins Auge. Schlicht sind sie beide, wollen nicht nach außen glänzen, haben nichts, was rein äußerlich sofort gefangen hält. Sie besitzen eine mehr nach innen gekehrte Schönheit, die nur der erfassen und schätzen wird, dessen Augen tiefer zu sehen, dessen Ohren feiner zu hören wissen.

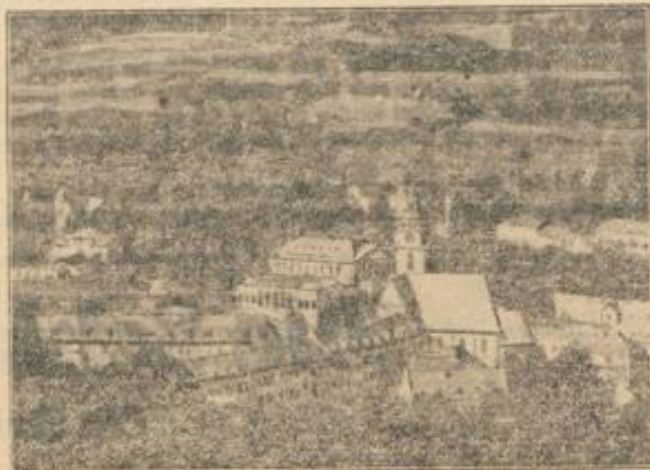
Bad Salzuflen ruft.

Die Frage nach einem geeigneten und doch wohlfeilen Kurort ist in der jetzt beginnenden Reisezeit brennend, doch es gibt in Deutschland genug Badeorte, die sich eines billigen Kuraufenthaltes rühmen. Zu ihnen gehört ohne Zweifel das vielbesuchte Bad Salzuflen im schönen Lipperlande, und niemand sollte läumen, es aufzusuchen, um mit eigenen Augen die Vorteile seiner landschaftlichen Lage und am eigenen Leibe die Heilkräfte seiner Thermal- und Solquellen sowie seiner sonstigen Kurmittel zu erproben. Kurtag und Bäderpreise sind auf ein denkbar niedriges Niveau gesenkt worden, Unterkunft und Verpflegung halten sich bei aller Vorzüglichkeit in erschwinglichen Grenzen, Bausaal- und Vergünstigungskuren sowie Ermäßigungen für Minderbemittelte kommen zeitgemäß allen berechtigten Wünschen entgegen. Dabei bietet Bad Salzuflen außer seinen wunderwirkenden Heilquellen alles, was der Zerstreuten und Unterhaltungen des Kurgastes dienen kann: Kur- und Willkürforter, Theater mit Schauspiel, Lustspiel und Operette, künstlerische Veranstaltungen anderer Art, Konzerte berühmter Sänger und Sängerrinnen (Schlusnus, Bindernagel), Gelegenheit zu mannigfacher sportlicher Betätigung usw.

Das Nordseebad Tönning hat die diesjährige Saison eröffnet. Bei vorzüglicher Unterkunft und guter Verpflegung liegen die Bäderpreise nur zwischen 3 bis 5 Mark einschließlich aller Nebenkosten. Eine Kurtag wird nicht erhoben. Die amnützende Lage Tönning ist alljährlich das Ziel hundert Erholungsuchender. Der in diesem Jahre neu herausgegebene Prospekt wird kostenlos von der Badeverwaltung abgegeben.

Stahl und Moor im Taunus.

Bereits im 17. Jahrhundert hob der große Mediziner Dr. Jakob Theodor aus Worms in seinem Buch „Der Wasserhag“ die Stahlquellen, insbesondere den „Weinbrunnen“ in Bad Schwalbach, und ihre Heilwirkungen hervor, so daß sich der Ruf des Bades schnell verbreitete. Im 19. Jahrhundert hat dann der bekannte Badearzt Dr. Jenner von Jenneberg den Ruf der nassauischen



Heilquellen in allen Ländern verbreitet. Die Stahlquellen, die zu Trink- und Bädern verwendet werden, gehören zu den reinsten und stärksten deutschen Eisenquellen. Da seit altersher die Stahlwasser bei Bluterkrankungen aller Art die heilsamste Wirkung haben, sind und bleiben diese die Hauptindikation von Schwalbach, insbesondere Blutarmut, Bleichsucht, Reorganisation des Gefäßsystems nach Erkrankungen und dergleichen. Die starke Durchsägung mit natürlicher Kohlensäure, die den Bädern die Bezeichnung

„Champagnerbäder“ gegeben hat, macht sie besonders für Herzleiden und Blutgefäßkrankungen wirksam. Dem Eisenmoor im Zusammenwirken mit den Stahlbädern dankt das Bad seinen Weltruf als Frauenbad. Die Universitätsfrauenklinik in Frankfurt a. M. unterhält in Bad Schwalbach eine besondere Station unter Leitung von Professor Guthmann, um die guten Heilergebnisse durch exakte wissenschaftliche Forschungen nachzuprüfen und ihre Ergebnisse in der Fachpresse der Ärzteschaft zugänglich zu machen. Im Gynäkologischen Archiv sind bereits die ersten Arbeiten über die Wirkungen der Moorbäder erschienen.

Neben den Stahl- und Moorbädern ist es besonders das Klima mit seiner Höhenlage von 400 Meter, das die Heilwirkungen ausgiebig beeinflusst. Das erfrischende, kräftige und doch milde Taunusklima, das im Hochsommer die Hitze lindert und in der Vor- und Nachsaison, namentlich im Spätsommer und Herbst, Wärme spendet, verstärkt die Bäderwirkung ganz besonders bei Herz- und Gefäßkrankheiten und auch bei nervösen Beschwerden.

Der preussische Staat als Besitzer des Bades hat mit großen Aufwendungen die Badeanlagen nach den neuesten Errungenschaften der Hygiene und Technik modernisiert und, um auch den Ansprüchen wohlhabender Kurgäste des In- und Auslandes zu genügen, ein großes Hotel erbaut. Trotz des hohen Kostenaufwandes für den Wiederaufbau bemüht sich die staatliche Badeverwaltung, ihre Preise der geschwächten Kaufkraft ihrer Kurgäste anzupassen. Kurtag und Kurmittelpreise sind wieder bedeutend gesenkt worden. Ebenso liegen die Hotel- und Pensionspreise ganz außergewöhnlich niedrig. Denn es ist ein alter Grundsatz der staatlichen Leitung, die preussischen Staatsbäder allen Volksschichten zugänglich zu machen. Für minderbemittelte Kreise sind besondere Vergünstigungskuren geschaffen, die Kurtag, Kurmittel und Pensionspreise zu besonders niedrigen Sätzen umfassen. Hierüber erteilt die Kurdirektion nähere Auskunft (Auskunftsstelle für Berlin Stresemannstr. 128, Kurführer B 1, 1702).

Bad Nauheim. „Die Stadt der wunderbaren Quellen“ wird der berühmte deutsche Badeort am Fuße des Taunusgebirges, unweit von Frankfurt am Main, genannt, dessen Heilerfolge seine Weltbedeutung für Herzkrankheiten, Rheumatischer, von beginnender Arteriosklerose, Gicht, Bronchitis, Rückenmarks- und Nervenleiden Gemeinlichkeitschmerzen schufen. Wenn der Bahnhof den Reisenden die amnützige Gartenstadt entläßt, so leuchtet ihm schon die Wasserföhren der Haupttribunal entgegen. Drei naturwarme, kohlensäurereiche Kochsalzquellen schießen hier schäumend empor, umrahmt von den Laubengängen der Badehäuser, die in architektonischer wie in technischer und hygienischer Hinsicht moderne Musterbauten sind. Die Quellen haben die zum Baden passende Wärme und Nehen unter natürlichem Druck in die Bäder. Die mannigfachen Bäderformen können, wie es der Einzelfall erfordert, abgestuft werden. Ein fesselndes Beispiel für die wunderbare Art des Zusammenspiels von Natur, Wissenschaft, Technik und Kunst ist auch die ausgedehnte Trinkkuranlage, in der die Wasser der sieben Trinkquellen verabreicht werden.

Bad Homburg. Nach den 1931 von 12 000 Personen besuchten Ausstellungen „Mittelrheinische Landschaftsmalerei“ und „Deutsche Bildkunst von Cranach bis Dix“ wurde im Goethe-Jahr eine historische Ausstellung eröffnet, die Gemälde, Zeichnungen, Stiche,

Bücher und anderes vereinigt. Den besonderen Charakter dieser Schauammlung umschreibt der Katalog mit den Worten: „Die starke Vitalität der betrieblamen Handelsstadt hat der junge Goethe in „Faust“ spürbar gemacht, der Gealterte hat das behäbige Dasein des altertümlichen Staatswesens in „Dichtung und Wahrheit“ geschildert. Die Sätze, die der Dichter selbst überliefert, aber auch jene, die uns durch andere historische Quellen verbürgt sind, ergeben in ihrer Verbindung das Bild der Stadt, wie es der junge Goethe wirklich vor Augen hatte. Die Ausstellung erhielt wertvolle Beiträge von den Goethe-Museen in Frankfurt und Weimar, ferner von den Galerien in Kassel, Danzig und Dessau. Sie steht, wie die Veranstaltungen des Jahres, unter Leitung von R. v. Holst.

Wer fährt mit nach Tirol? 11 Tage Aufenthalt in dem schönen Innstädtchen Rottenberg und zwei Tage Aufenthalt in Innsbruck. Reisebeginn am 3. Juli in München. Der Preis für die schöne Ferienfahrt beträgt einschließlich der Bahnfahrten München, Rottenberg, Innsbruck bis München, voller Verpflegung, Besichtigungen, Wanderungen und Führungen nur 85 M. Beginn und endet die Reise in Berlin, so beträgt der Preis einschließlich aller Kosten 127 M. Auskunft gibt: Kokos, Rottenberg-Tirol, Galtthof „Ledererbräu“. (Siehe auch Inserat in der vorliegenden Ausgabe.)

Besuch des Harz und Kaffhäuser

Blankenburg - H.
(204 m), mildes Gebirgsklima, gr. Freibad. — Der Ort der Erholung! Das neue Mineralchlammbad für Gicht-, Rheuma- und Ischiasranke.

Waldgerode-Harz (Brockenb.) 560 m.
Der beliebte billige Höhenkurort Schwimmbad, Gondeltelch, Tennisplatz, Pelzlerfarm

HARZGERODE
(400 m), der Höhenkurort des Harzes — Pensionspreise von RM 3,75 an — Keine Kurtag, Auskunfts Kurverw. Harzgerode

JLSENBURG (HARZ)
DER LUFTKURORT AM FUßE DES BROCKENS
Vergünstigte Preise — Günstige Kurtag

Sommerfrische Schöna
(Städt. Schwein empfiehlt sich bestens. C-Prospekt durch Gemeindeverwaltung und die Geschäftsstelle des „Vorwärts“

Binz auf Rügen
Parteilgenossen wohnen preiswert bei bester Verpflegung in der „Pension Jugendglück“ (sunnt-elbar am Strande)
Positzer: Alfred und Hilda Lubitz

Moorbad Pretzsch/Elbe
Das bewährte Heilbad Kurpauschale 85.- RM.

Sächs. Schweiz
Im neuen Landhaus direkt a. d. Elbe gelegen. Volle Verpflegung inkl. Zimmer den Tag 4 M. Das Bett die Woche 7 M., auch einzeln. Mahlzeiten Geisw. Radl. Sonnenwinkel Krippen

Parteilgenossen
finden freundl. Aufnahme, reichl. Verpflegung, fünf Mahlzeiten, pro Tag 3 M. Garten, Liegewiese direkt am Hause, nahe Wald u. Bahn Gustav Zickfeld, Harrichhausen.

Sommerfrische im Wehars,
Gäste finden frdl. Aufnahme u. beste Verpf. (nordtisch Küche) Pensionspr 3,25 M. fünf Mahl. keine Nebenkosten
Karl Koch, Harrichhausen 103, bei Seesen.

CUXHAVEN Nordsee
Das Bad, das Sie suchen!

Sand Sonne Seewind Salzwasser.
Prospekte kostenfrei durch die Badeverwaltung Cuxhaven.

Auch Sie können sich doch noch eine Kur leisten

28 Tage

Vergünstigungskuren für Minderbemittelte
Wohnung, Verpflegung und Bad-Geld Kurtag, Gemeindegabe, naturl. Kurmittel (Bäder, u. Trinkkur) sowie ärztliche Versorgung . . . 220.-

Pauschal-Kuren (Einheitspreis) abentalls alles eingeschlossen

Kur 3 260.-
Kur 2 300.-
Kur 1 340.-
Kur A 420.-

BAD Kudowa Herz-Base-dow-Nerven-Frauen-Stoffwechsel-Leiden

Ostseebad Misdroy

Villa Wald und See
1 Min. von Strand u. Hochwald Vorrügl. Verpflegung, Vor-u. Nachsaison 4.- M. und 4.50 Hauptsaison 5.- M. und 5.50 Keine Zuschläge

Nordseebad Norderey
Strandbad - Kurbad Wellenbad

Parteilgenossen finden freundl. Aufnahme, sehr gute Küche (5 Mahlzeiten), Garten mit Liegewiese direkt am Hause, nahe Wald und Bahnstation, Schwimmbad vorhanden. Pension 3,25 täglich, keine Nebenkosten
Albert Karges, Luftkurort Harrichhausen (Harz).

Kurtaxe bedeutend ermäßigt

ZINGST
das beliebte Ostseebad westlich Rügen. Steinfreier idealer Strand Wärme medizinische Bäder Kurkonzerte, Sport, Ausk. Bäderverwaltung. Tel.: 25

Bad-Nauheim
das Herz-Heil-Bad der Welt
Parteilgenossinnen und Genossen, die Bad-Nauheim aufsuchen, erhalten kostenlos Rat u. Auskunft von unserem parteilgenössischen Wohnungsnachweis: R. Wiedemann, Dismarckplatz 5, Ortsgruppe Bad-Nauheim der SPD.

Tirol, Rattenberg
zwei Jahre hindurch von etwa 1000 deutschen Parteilgenossen besucht, welche in unserem Hause verpflegt werden. 1/2 Stunde Bahnzeit von Kulsteden. Pension 8 Schilling samt Abgaben.
Gasthof Ledererbräu u. Bekos

Nordseebad Tönning
die herrliche Sommerfrische, die sich jeder leisten kann.
Sonniger Süstrand, gute Unterkunft, reichliche Verpflegung, Pension von 3 RM ab, keine Kurtag. Führer und Wohnungsnachweis durch die Badeverwaltung, Markt 11.

Neuruppin (Luftkurort) die Perle Bliedobbenstadt, Geburtsort v. Fontane und Schinkel. Am schönen Ruppiner See gelegen, Pforte zur Ruppiner Schweiz. Wälder, Seen, Anlagen, histor. Sehenswürdigkeiten. Angel- und Badegelegenheiten. Sportmöglichkeiten. Idealer Wochenend-, Ferien- u. Ruheaufenthalt Günstige Bahnverbindungen. Sonntags-Rückfahrkarten von und nach Berlin.

Bad Schwalbach Taunus
Jahrhundertes Heilbad
Frauenleiden
Blutarmut
Bleichsucht
u. nervöse Beschwerden

STAHL-QUELLEN EISEN-MOORBÄDER

Gegen Herz- und Gefäßkrankungen Vergünstigungskuren für Minderbemittelte!

Anfragen an die Kurverwaltung, für Berlin Auskunft Stresemannstr. 128
Telefon B 1 Kurführer 1702

Harz - Nerven-Rheuma - Frauenleiden
heilt
Bad Langenau
sonnt. ab
Billige Pauschal-Kuren
210.- Mk.
28 Tage einwöch. Aufenthalt
Prospekte kostenlos!

Bad Salziften
Heil- Rheuma - Nerven - Lähmungen
28 Tage Vergünstigungskuren v. Mk. 26 an
28 Tage Kauschalkuren von Mk. 27 an
Nähere Auskunft d. Reisebüros u. Bäderverwaltung

Joe Strambach janiiert die Welt

Groleske / Von Kurt Schmeltzer

In der Zeit der Weltwirtschaftskrise ereignete es sich, daß in dem schönen und großen Lande Patria Präsidentenwahl stattfinden mußte. Allen Propagandamaßnahmen der Parteien zum Trotz war endlich einmal Volkes Stimme Gottes Stimme; es wurde nämlich bei hundertprozentiger Wahlbeteiligung des Volkes der Patrioten, wie sie sich nannten, einstimmig der Weltmeister im Schwergewichtsbogen Joe Strambach zum Präsidenten gewählt.

Alle anderen Völker der Erde, von den Eskimos bis zu den Kapländern, schüttelten die Köpfe so heftig zu dem Ergebnis, daß der Erdball ein wenig ins Schwanken kam, jedoch Joe Strambach ließ sich nicht einen Augenblick aus der Fassung bringen, wie er das aus seinem Beruf gewohnt war, sondern brach sofort mit halbblühendem Denken den Weltrekord im Denken von Schwergewichtlern und produzierte folgenden Erlaß:

„Vom Tage meines Regierungsantritts an bestimme ich, daß nicht nur Bogen und Angeln, Radfahren und Briefmarkensammeln Sport sein soll, sondern jegliche Beschäftigung jedes Menschen ist Sport: Gerichtsakten schreiben wie Straßenbahnfahren, Jahrsziehen wie Hemdenwaschen, Schuhschleifen wie Alphastampfen, auch Küssen und Trinken — es soll keinerlei Tätigkeit im Lande Patria mehr geben, die nicht auf Rekord gestellt ist. Jeder Patriot muß in einem Sport Profi sein und kann sich, in so vielen anderen er will, als Amateur betätigen. Wettbewerbe mit hohen Preisen für die Gewinner hat das Ministerium des Innern anzusehen.“

gez. Joe Strambach,

Weltmeister im Schwergewichtsbogen und Reichspräsident.

Eine Welle der Begeisterung stutete durch das ganze Land, und noch am selben Abend begann ein Training im Alkoholkonsum, daß die Wirte und Brauereien am nächsten Tage Joe Strambach eine Huldigungs- und Dankesadresse übermittelten.

Nach wenigen Wochen war von der Wirtschaftskrise im Lande Patria nichts mehr zu verspüren. Zunächst hatten sämtliche arbeitslosen Zeichner zu tun gehabt mit Entwerfen von Abzeichen und Fahnen für die unzähligen neuen Sportvereinigungen; und nach ihnen die Abzeichen- und Fahnenfabrikanten. Aber das war wirklich nur erst der Beginn. Die Kaufportier und besonders die Kaufsportlerinnen setzten mit ihrem Training ein, daß die Verkaufsportler kaum Schritt halten konnten. Der Sport des Schuldenbezahlers fand derart Anklang, daß es diesem schönen Sport bald an Möglichkeiten gefehlt haben würde, wenn nicht der Sport des Schuldenmachens ihm die Waage gehalten hätte.

Es würde zu weit führen, auch nur annähernd alle Möglichkeiten aufzuführen, die sich aus dem fogenreichen Erlaß Joe Strambachs ergaben; soviel sei nur gesagt: als nach halbjährigem Training die ersten Meisterschaften ausgetragen wurden, legte bei diesen Veranstaltungen ein derartiger Zustrom des Publikums ein, daß die Regierung, die diese Wettkämpfe inszenierte, zwei Wochen später sämtliche Steuern aufheben konnte, denn die Einnahmen aus diesen, ich darf wohl sagen, Volksfesten, wogen reichlich alles auf, was vorher durch Steuern erpreßt werden mußte, und — moralisch wichtig! — es wurde gern bezahlt, denn es gab niemand, der nicht festeste überzeugt war: er hatte etwas für sein Geld bekommen.

Als gar das erste große Sechstagertinken abgehalten wurde, schwammen sozialgen alle Patrioten in Seligkeit und Bier. Trintmeister wurde übrigens der Schriftsteller Gerhart Herrmann Starnos, der ohne Aufsehen in einem weltentlegenen Dörfchen, in dem er zurückgezogen lebte, still und leise vor sich hin trainiert hatte. Nur seinen nächsten Freunden waren seine Fähigkeiten bekannt, die Welt war überfordert; aber sein schriftstellerischer Ruhm war von diesem Tage an besiegelt.

Im Reichstag und im Landtag wurden künftighin Arenen aufgebaut. Die langwierigen Reden fielen weg, die Antragsteller verteidigten in der Folge ihre Meinung im Bog- oder Ringkampf. Nach darauf folgendem shake hand trennte man sich im besten Ein-

vernehmen. Die Ersparnisse an Tintenfassern und Stuhlbeinen waren enorm. Bald mußten alle Landtags- und Reichstagsitzungen im Sportpalast abgehalten werden, denn der Zustrom des Publikums war trotz ziemlich hoher Eintrittspreise ungeheuer, und die Kassen der Regierung füllten sich so beängstigend, daß die ausgeleiteten Preise für alle sportlichen Wettbewerbe verdoppelt und verdreifacht werden konnten, was wiederum seinen Anteil auf die sportliebenden Patrioten nicht verfehlte.

Scheinbare Missetaten regulierten sich bald von selbst. So verursachten der Kinobesuch- und der Sportveranstaltungsbesuchsport bald eine derartige Ueberfüllung der Irrenhäuser, daß Joe Strambach einen Augenblick ratlos war. Aber logischerweise kamen die Berrückten von selber darauf, den Irrensport zu erfinden: der Berrückteste bekam den Preis, und dieser Sport wurde begreiflicherweise der populärste im ganzen Land.

Aber auch der Quasselsport, wie volkstümlich die sportliche Betätigung der Schauspieler und Rechtsanwälte und anderer sinnerwandter Berufe bezeichnet wurde, erzeute sich der größten Beliebtheit, freilich mehr der Teilnehmer als der Zuhörer. Aber das machte nichts.

Brächtige Kombinationen ergaben sich aus dem Besport in Verbindung mit anderen Sportarten: Radiohören mit Geschwindig-

keitslesen beispielsweise wurde vielen unentbehrlich, und ein goldenes Zeitalter brach für die Schriftsteller an, die ihrerseits heftig an Schmierfähigkeit um die Palme rangen und Wallace und die Courts-Mahler bald in den Schatten stellen konnten.

Die früheren Offiziere und abgedankten Fürsten huldigten dem Kanonensport. Jeder kriegte eine Kanone für sich und alle zusammen ein weites Gelände, wo sie tagtäglich um die Wette bukten. Da denen bekanntlich am Geld nicht viel liegt, wurden Orden und Ehrenzeichen als Preise ausgelegt, die sie sich unter feierlichen Zeremonien gegenseitig auf die Brust hefteten, und, als die Brüste nicht mehr ausreichten, auf Schultern, Rücken und anderen Stellen anbrachten.

Joe Strambach war der gefeiertste Mann auf der Welt. Daran war er von früher her gewöhnt, aber jetzt begannen sämtliche anderen Völker, die früher die Köpfe geschüttelt hatten, ihn als einen der ihren zu requirieren. Die Vereinigten Staaten schlossen aus seinem Vornamen auf amerikanische Stammeszugehörigkeit, die Deutschen versicherten glaubhaft, Strambach sei ein urdeutscher Name, der alte weltbekannte Fluch „Gottstrambach!“ beweise das. Andere Völker kamen mit anderen mehr oder minder stichhaltigen Argumenten, aber die Patrioten lachten nur dazu, und Joe Strambach blieb Präsident im Lande Patria.

Klugerweise hatte er längst seine Idee in allen Kulturländern patentamtlich schützen lassen und gestattete ihren Gebrauch nur gegen hohe Lizenzgebühren. Das brachte einen neuen Geldstrom ins Land, denn die anderen Völker beeilten sich, seine Regierungsmethode auch bei sich einzuführen. Danach wurden die neu erfundenen Sportarten international — die Weltwirtschaftskrise schwand im Handumdrehen, und in unbedeutender Variation des bekannten Dichterswortes konnte am Joe-Strambach-Besen endlich doch die Welt genesen...

Die Schlafwandler

Ein Briefwechsel

Lieber Freund! Wie konnten Sie mir dieses krause Wort*) empfehlen? Ich finde keine Brücke von unserer sozialistischen Weltanschauung zur Mystik Brochs. Gewiß, dieser Mystiker weiß alle Mittel darstellender Realistik zu handhaben. Seine Milieu- und Wirklichkeitschilderungen sind ausgesprochen gut, jeder seiner Bände atmet das Wesen der Zeitpoche, in der er sich abspielt. Trotzdem vermag ich mir über die innersten Absichten des Autors nicht klar zu werden. Er will vermutlich den Zusammenbruch der bürgerlichen Kultur, der Kultur des 19. Jahrhunderts an drei Wendepunkten klarmachen. Aber die wirtschaftlichen, technischen und sozialen Abläufe werden von Broch kaum angedeutet. Das Schwergewicht seiner Kunst liegt Broch auf — ich möchte es so nennen — „feilsche Querschnitte“, und mündet damit schließlich im Unfassbaren, Unbeweisbaren, im Mystischen.

Die schlichten Handlungen der drei Romanbände sind kaum mehr als Formwände: v. Pasenow, der Held des ersten Romans, ist der altpreussische Offizier, nicht etwa im Simplizissimus-Stil karikiert, sondern dargestellt mit den Vorzügen und Begrenztheiten seiner Klasse: vornehm, zum resignierten Grübeln neigend, aber dann aus der Sicherheit der Traditionen und der Uniform herausgeworfen durch das Liebeserlebnis mit einem Mädchen der Halbwelt. Schließlich aber landet Pasenow doch in der Ehe mit einer durchaus sympathischen Standesgenossin. Dieser Ehe fehlt nur eins: die Liebe, das Wissen um mystische Verbundenheit, das den Offizier an das Mädchen der Halbwelt fesselte. (Fontanes „Arrungen und Wirrungen“ fielen mir ein.)

Nach diesem Kabinettstück aus dem Dreikaiserjahr bringt der zweite Band kleinbürgerliches Milieu: Der Buchhalter Eick wird plötzlich an der Gerechtigkeit der Welt irre, er beginnt allen über-

liefernten Lehren und Wertungen, mögen sie von rechts oder links kommen, zu misstrauen und möchte ganz aus sich heraus, d. h. aus Kleinbürgerlicher Verschrobenheit und Mystik eine neue Gerechtigkeit zimmern. Hier komme ich nicht mit. Ich gebe zu, daß in den Gedankengängen dieses Eick sich viel Unbewußtes und Unterbewußtes aufstaut, aber sein reales Handeln wirkt grotesk. Eick empört sich z. B. mit Recht, als sein Freund Martin, Führer streikender Hafenarbeiter, wegen der Exzesse anderer ungerecht drei Monate Gefängnis abbekommt. Aber wie will Eick Gerechtigkeit herstellen? Indem er den Präsidenten der bestreikten Schiffsahrtsgesellschaft wegen Homosexualität dem Gerichte anzeigt. Das ist unmöglich! Es wird mir auch dadurch nicht geholfen, daß dieser Vorgang in Eicks Gehirn symbolische Bedeutung gewinnt und von Eick weder real ausgeführt noch real ausgeführt wird, sondern daß sich diese Sühnetat in schlafwandlernder Dämmerung abspielt.

Der dritte Band „Die Sachlichkeit“ behandelt dann den streng zweckmäßig handelnden Menschen unserer Epoche, der Unmoral auf Unmoral, Verbrechen auf Verbrechen häuft, sich dessen aber nicht bewußt wird, weil er ja zweckmäßig, nach seiner brenzigen Anschauung alldringend handelt. In diesem Band hat Broch alle Formen zerbrochen: nicht weniger als vier oder fünf Romane ranken durcheinander, die Mystik, zum Teil in Versform, zum Teil in rein philosophischen Abhandlungen eingefreut, übermüht die Wirklichkeit, die nur noch als Dornröschenschloß aus diesem Gerant heraus-schaut.

Ich halte diese schlafwandlernde Konfusion für ein gefährliches Betäubungsmittel, das unsere Kräfte lähmt, anstatt sie anzuspornen.

Ihre Charlotte.

*) Hermann Broch: Die Schlafwandler. Eine Romantrilogie. Erster Roman: 1888 Pasenow oder die Romantik. Zweiter Roman: 1903 Eick oder die Anarchie. Dritter Roman: 1918 Huguenau oder die Sachlichkeit. Rhein-Verlag, Zürich.

Erna Büfing: 50 Tauben wollen Futter

In der autobudrhaften Potsdamer Straße fällt er auf, dieser Handwagen, auf dem ein eigenartiges Kastenhochhaus thronet. Der Mann, der den Wagen zieht, hält bedächtig an. Er öffnet kleine Türen und vier Tauben verlassen mit gradlinigen Schritten ihren Verwahrsort. Sie stellen sich auf die geöffneten Klappen, die zu Laufbrettern geworden sind. Zwei zu zwei nehmen sie in die Schnäbel leichte, dünne Fädchen, an denen zerbrechlich zierliche Transparente schwanzen. Auf dem einen steht „50 Tauben wollen Futter“ und auf dem anderen „Wir sind engagementstose Artisten“.

Dann wird Klappe auf Klappe geöffnet und eine schneige Weiße quillt hervor. 50 Tauben treten zur Vorstellung an.

Sie erkletterten Leitern, sie flogen durch sich schnell drehende Reifen, sie trippeln in tomischen Tanzschritten.

Ihr Besizer stand vor dem Nichts. In den diesen schlaflosen Nächten dachte er mehr als einmal beruhigt an seinen Revolver, durch den er Schutz machen konnte mit diesen elenden, zermürbenden Sorgen. Der ihm Ruhe geben konnte, Ruhe für immer und den tiefen Schlaf, aus dem es kein erschrecktes Erwachen gibt. Einen Schlaf, dessen Abschluß nicht die bange Frage bildet, ob die Wirtin heute wohl noch das Frühstück borgt?

Und dann dachte er an die Tauben, die ihn, dem Menschen, als Futterquelle betrachteten, aus einer Gewöhnung heraus, die inniges Vertrauen und anschniegelame Zutraulichkeit wurde. Er war erfüllt von dem Gedanken, daß er sich ihm ohne weiteres zu geschriebenen Worten formte.

Er borgte sich einen Handwagen und dann ging er auf die Wanderstraße durch die Millionenstadt Berlin. Er, der bekannte Artist, nahm das Gewerbe wieder auf in der Art, wie es die Vorfahren der jetzigen fahrenden Leute betrieben. Er spielte unter freiem Himmel.

Der Mann ging nicht auf die Höfe. Er wußte, dort ist in jeder Wohnung die Not zu Hause, und wenn die Menschen die Münzen zuwerfen, dann geben sie übertriebene Klößen; denn sie nehmen den halben Groschen von der Miete oder von den 50 Pfennigen, die fürs Brot zurückgelegt sind. Darum logte er auch nicht, 50 Tauben haben Hunger. Er wußte, in Hungerkrämpfen schreiben in der ganzen Welt die Arbeitenden. Im Kampfe mit dem Hunger vergeuden viele Mütter ihre Nervenkraft, sei es in einem Industrieland, in dem die Fabrikhornsteine nicht mehr rauchen, sei es in einem Agrarland, wo man den Segen der Felder nicht verkaufen kann, obwohl man ihn unbedingt verkaufen muß, wenn man sein Leben kräftigen will. Er sagt: 50 Tauben wollen Futter. Darin liegt die Verpflichtung für ihn, als Besizer, darin liegt die Betundung, daß er entschlossen ist, den Betrieb aufrechtzuerhalten.

Die Menschen kommen aus den Hinterhäusern. Sie umstehen das elende Gefährt. Diese Menschen kennen jenes Gefühl, das berufen ist, den Menschen über das Tier zu erheben, sie kennen das Mittel. Sie kennen dieses sorgende Erbarmen, geboren aus gleicher, bitterer Not. Ihr Herz schlägt für die Tiere. Die Menschen könnten einander helfen, wenn sie es ernstlich wollten. Wenn die Armen, wenn die Bequälten sich zusammenschließen und wie eine Mauer ständen, wenn keiner flau machte, um die Weltenswende zu erzwingen. Aber die Tiere, die sind nicht nur dem Menschen, die sind auch seiner Not so hilflos preisgegeben.

Der Mann wirft eine Taube in die Luft. Sie flattert bis zum vierten Stockwerk. Er schreit „Abol, komm runter. Deine Frau erwartet dich“. Bravo kommt der Angerufene und Abol und seine Frau Amanda schnäbeln sich.

Eine Sammelbüchse geht herum. Eine kleiner Junge trägt sie bescheiden. Der Mann wählt keinen Teiler, der wirkt verlegend, sieht dann doch der eine, was der andere gibt und die Pfennige spielen heute eine zu mörderische Rolle.

Die Menschen geben ohne Aufforderung. Der Schlag einer Sammelbüchse verrät nicht den Wert der Münze, die in ihn gesteckt wird. Sie wollen ja nicht so arm sein, daß sie nichts mehr schenken können. Nichts geben können wird zur Trostlosigkeit, die Herz und Gemüt verdorren läßt. Unter diesem von der Wirtschaftstoni Ausgepreßte leiden am meisten die Frauen.

Die Unverzogen geben aus einem anderen Grund. Sie wollen helfen, um selbst das wohlige und frohgemut machende Gefühl der Nacht zu haben.

Ein Schupo wartet, bis sich keine Hand mehr nach der Sammelbüchse streckt. Dann sagt er: „Es ist genug. Mann, gehen Sie bitte weiter.“ Und wie zu seiner Entschuldigung fügt er hinzu: „Die Wache ist hier so nahe.“

„Nicht weit von hier ist der Winterfeldplatz. Da ist 'ne Wasse Platz auf dem Platz selbst“, läßt sich eine Stimme aus dem Menschenmüll vernehmen.

Der Mann rüft zur Abfahrt: die weiße Schönheit wird wieder verpackt.

Die Abgebauten und die Frauen, die einholen wollten und sich ausbieten, sehen den Tieren sehnsüchtig nach. Sie waren für sie ein Gruß aus einer Zeit, in der man noch Geld für etwas Schönheit und Entspannung hatte. Einen Augenblick haben sie Abwechslung genossen. Aber sie haben nicht jenseits von Arbeit und Sorge die Schönheit gesehen. Sie empfanden nicht die Schönheit, die verzückt und selig macht. Sie sind derart eingesperrt in die Sorgen des Tages, daß sie in der weißen, stäubenden Wolke voller Schönheit doch nur die zur Schau gestellte Not sahen.

Liebe Freundin! Wäre der Sozialismus eine Kirche, an Dogmen gekettet, so müßte dieser Hermann Broch allerdings glatt verboten werden. Ich glaube auch nicht, daß man in Rußland dieses Buch gestatten wird. Auch im „Dritten Reich“ dürfte die Romantrilogie schon wegen der souveränen Berachtung, mit der Broch sich über den Krieg erhebt — siehe dritter Band — wohl kaum zum Verschleiß zugelassen werden. Wir aber sind nun einmal keine Kirche, sondern eine Gemeinschaft strebender Menschen. Deshalb werden wir uns auch mit dieser Form der Dichtung auseinandersetzen müssen, und das wird wertvoller sein, als die sture Ablehnung des Angebots, einmal die Welt mit anderen Augen als den unseren zu sehen.

Ich lasse mich sogar durch die Etikettierung Brochs als „Mystiker“ nicht abschrecken. Mir scheint es immerhin wesentlich für den Mann zu sein, daß er bis in seine reifen Jahre weiter sehr realer wirtschaftlicher Unternehmungen war und erst als Bierziger dichterisch zu schaffen begann. Ich sehe in seiner Denkart eine Art Metapsychologie, eine psychologische Tiefenforchung. Wir haben alltäglich unsere parallelen, scheinbar tausenden Gedankenketten. Aber unvermittelt zeigt uns Broch die Querverbindungen, die das Unterbewußtsein zwischen scheinbar ganz verschiedenartige Dinge, zwischen Menschen und Sachen schlägt. Was wir von Freud her als Traumerlebnis kennen, z. B. die Erregung einer Person durch die andere, die beide in unserem Unterbewußtsein unter einem höheren Sammelbegriff stehen, das wird hier Romanwirklichkeit.

Wie ist es denn mit unserer Seelenkenntnis? Was wissen wir von unseren Tiefen? Wir bilden uns ein, die Welttugel zu kennen, und können doch höchstensfalls nur ihre Oberfläche aufzeichnen. Aber entwerfen Sie einmal einen Globus der Erde in zehn oder hundert Meilen Tiefe! Und doch scheint mir, daß wir über die Tiefen unserer Erdbugel relativ besser Bescheid wissen, als über die Tiefen der Seele. Nicht nur Forschung, auch seherisches Erlebnis führt in diese. Freud hätte uns sicherlich kein neues Gebiet erschlossen, wenn er nur ein trockener Wissenschaftler wäre.

Ich fordere Sie nicht etwa auf, an die platten Überbheiten des Horoskops zu glauben oder auf die Betrügereien eines geschäftstüchtigen Spiritismus hereinzufallen. Ich fordere Sie aber auf, aus dem Sehen eines Dichters ein Stück Seelenkenntnis zu empfangen. Keine Menschenführung kann der Kenntnis der Menschenseele entzogen, keine geistige Leistung von wirklichem Belang steht außer jeder Beziehung zu unserer universalen, sozialistischen Weltanschauung!

Ihr Erich Kuttner.

Arabische Sprichwörter

Frage nicht nach dem Menschen, sondern nach seinen Begossen; denn jeder gleicht sich seinen Kameraden an.

Der Mensch ist unter den Falten seiner Junge verborgen und nicht unter den Falten seiner schönen Kleider.

Die Vögel gefellen sich zu ihresgleichen.

Der Bankerott der Zuckerpolitik.

Was gedenkt der Reichsernährungsminister des neuen Adelskabinetts zu tun?

Der Unfug der deutschen Zuckerpolitik fängt an, derartige katastrophale Folgen für große Teile der Landwirtschaft zu zeigen, daß hierüber die so hochgelobte politische Einheit der Landwirtschaft in die Brüche zu gehen droht. Die rheinischen und süddeutschen Bauern haben erkannt, daß sie durch die im vorigen Jahr erfolgte Zwangskontingentierung der Zuckerrübenanbaufläche stark benachteiligt sind. Der Zuckerrübenbau in den bäuerlichen Gebieten hatte sich in den letzten Jahren erheblich ausgedehnt. Durch die Kontingentierung ist die Ausdehnung des bäuerlichen Rübenanbaues nicht nur unterbunden, sondern sie ist sogar großenteils wieder aufgehoben worden. Die Interessengegenläge führten zum Bruch. Im Verein der deutschen Zuckerindustrie, in dem die mittel- und norddeutschen Aktien-Zuckerfabriken, d. h. die Großagrarier den Ton angeben, hat dessen Geschäftsführer, der ehemalige deutschnationale Reichsfinanzminister von Schlieben, dringend zur Einigkeit gemahnt.

Was in der deutschen Zuckerewirtschaft geworden ist.

Im Jahre 1928 wurde der deutschen Zuckerproduktion ein absolut einführhemmender Zollschuß zugesprochen. Die Folge war eine starke Ausdehnung der Produktion. Da aber keine entsprechende Herabsetzung des Zuckerpreises erfolgte, stieg der Verbrauch im Inland nicht, so daß die überschüssige Produktion exportiert wurde. Die Ausfuhr war aber und ist auch jetzt nur unter großen Verlusten möglich, da die Weltmarktpreise weit unter den Inlandspreisen liegen, und nicht einmal die Kosten der Verarbeitung der Rüben zu Zucker decken, geschweige die Erzeugungskosten der Rüben selber. Da trotz internationaler Abkommen zur Einschränkung des Exports die Weltmarktpreise immer stärker zurückgingen, war die Verschleuderung deutschen Zuckers auf die Dauer nicht durchzuführen. 1931 wurde daher durch Schließe ein zwingender Zusammenschluß der Industrie vorgenommen und die Produktion kontingentiert, in der Hoffnung, hierdurch die Erzeugung der Nachfrage anpassen zu können, ohne den Preis senken zu müssen.

Diese ohne Rücksicht auf die Verbraucher erfolgte „planwirtschaftliche“ Regelung der Zuckerproduktion hat jetzt zu einem völligen Fiasko geführt.

Die Rübenanbaufläche ist zwar eingeschränkt. Während sie 1930 463 000 Hektar betrug, wurden 1931 nur noch

319 000 Hektar mit Zuckerrüben bestellt, und für 1932 wird die Anbaufläche auf 254 000 Hektar geschätzt. Trotz dieser Produktions-einschränkung um mehr als 40 Proz. ist keine Verringerung der Lagerbestände möglich gewesen. Auch in diesem Jahr müssen 15 Millionen Zentner Rohzucker, die noch aus früheren Ernten lagern, mit in das neue Wirtschaftsjahr übernommen werden, und es ist auch nicht abzusehen, ob die diesjährige Produktions-einschränkung ausreichen wird, um die Vorräte aufzubrauchen. Das starre Festhalten an dem bisherigen Zuckerhöchstpreis und die Verdoppelung der Zuckersteuer haben nämlich im Vergleich zum Vorjahr den Zuckerabfug um mehr als 19 Proz. zurückgehen lassen, und bei der gesunkenen Kaufkraft der Verbraucher ist mit einem weiteren Rückgang zu rechnen, wenn nicht eine Senkung der Zuckerpreise erfolgt.

Die Produktionseinschränkung, die die Landwirtschaft auf sich genommen hat, um die Bestände zu vermindern, ohne den Preis senken zu müssen, ist bisher also völlig umsonst gewesen. Dennoch stehen die Großagrarier und mit ihnen der Verein der deutschen Zuckerindustrie immer noch auf dem Standpunkt, daß die bisherige Zuckerpolitik richtig sei und fortgesetzt werden müsse.

Die Sozialdemokratie hat seit langem gefordert, daß die Kontingentierung der Zuckerrübenproduktion nicht dazu führen dürfe, unwirtschaftliche Fabrikationsstätten am Leben zu erhalten und die Ausbreitung des bäuerlichen Zuckerrübenbaus zu verhindern.

Die Sozialdemokratie hat immer wieder die Senkung des Zuckerhöchstpreises verlangt, um durch eine Verbilligung des Zuckers den Verbrauch zu heben und die Wirtschaftlichkeit der deutschen Zuckerewirtschaft zu sichern.

Allmählich ist es auch anderen politischen Parteien klargeworden, daß es mit der Kontingentierung des Zuckerrübenbaus und der starren Hochhaltung der Zuckerpreise nicht geht. So hat die Staatspartei gefordert, daß der Zuckerhöchstpreis von 20,50 M. auf 15,50 M. gesenkt wird, und das Zentrum wie die Bayerische Volkspartei haben eine stärkere Berücksichtigung des bäuerlichen Rübenbaus verlangt. Sogar die im Verband der Zuckerrübenbauern zusammengeschlossenen Zuckerrübenproduzenten setzen sich dafür ein, daß die Zuckersteuer- und Zuckerpreispolitik auf die Kaufkraft der Verbraucher Rücksicht nehmen müssen.

Der Ernährungsminister des neuen Adelskabinetts hat also sofort eine Aufgabe zu lösen, die sehr im Interesse der Landwirtschaft liegt.

Konkurrenz) in dem Moment abgeschlossen wird, nachdem gerade die englische Schwerindustrie den lange geforderten Zollschuß erhalten hat. Diese konzentrationsanregende Wirkung der Zölle wird offiziell zugegeben.

Es handelt sich einmal um die Stewards Lloyds Limited, eine Gesellschaft mit einem Kapital von 7,37 Millionen Pfund (bei heutigem Pfundkurs 114 Millionen Mark), die vor allem Röhren produziert und unter den Stahlproduzenten Mittelenglands führend ist. Die zweite Gesellschaft ist die United Steel Co. Limited mit einem Kapital von 6,65 Millionen Pfund (103 Millionen Mark). Sie produziert in erster Linie Eisenbahnmateriale; ihre Anlagen sollen zu den modernsten Englands gehören.

Industrieverbände berichten.

Schuhproduktion auf 65,6 Millionen Paar gesunken.

Der Jahresbericht des Reichsverbandes der Deutschen Schuhindustrie stellt fest, daß im vergangenen Jahre die Ausnutzung der Leistungsfähigkeit der Betriebe auf 57,4 gegen 62,6 Proz. gesunken ist. Die Zahl der erwerbslosen Schuharbeiter stieg im Durchschnitt von 24,1 auf 32,2 Proz. der organisierten Belegschaftsmitglieder. Die Kaufkraftschwächung in Deutschland hat die jährliche Produktionsmenge der Schuhindustrie von 70,6 auf 65,6 Millionen Paar verringert. Eine Gegenüberstellung mit dem guten Konjunkturjahr 1927 zeigt, in welchem Umfange den breiten Massen die Möglichkeit genommen ist, ihren notwendigen Schuhbedarf zu decken. Zieht man von der Gesamtproduktion noch über 4 Millionen Paar exportierter Schuhe ab — die Einfuhr von Schuhen blieb 1931 verschwindend gering — so ergibt sich, daß im vergangenen Jahr pro Kopf der Bevölkerung nicht mehr ganz ein Paar Schuhe verbraucht wurden, während 1927 der jährliche Schuhverbrauch pro Kopf in Deutschland fast anderthalb Paar erreichte.

Vernichteter Spielwareneport.

Der Reichsverband Deutscher Spielwaren-Industrieller bezeichnet die Lage dieser wichtigen Exportindustrie nach wie vor als trostlos. Mit besonderem Nachdruck wird auf die vielfachen Exporterschwernisse in der ganzen Welt hingewiesen, die sich am schärfsten in England auswirken, wo eine Belastung von 60 bis 70 Proz. für deutsche Spielwareneinfuhr besteht. Auch die französischen Kontingentierungen haben für die Befähigung der Industrie schwere Folgen gehabt. Im vergangenen Jahre wurden noch über 15 000 Doppelzentner Spielwaren nach Frankreich ausgeführt, während das jetzige Kontingent die Exportmöglichkeiten zwangsmäßig auf wenig mehr als ein Drittel zurückgeschraubt hat. Da infolge der vernichteten Kaufkraft im Inland der deutsche Markt völlig versagt, ist der Wert der Gesamtproduktion im letzten Jahre bis auf etwa 100 Millionen Mark gesunken, während noch 1927 der Produktionswert rund 220 Millionen Mark betrug.

Belegschaftschwund im Kessel- und Apparatebau.

Der Bericht der Vereinigung der Deutschen Dampfessel- und Apparate-Industrie stellt fest, daß im letzten Jahr der Mengenabfug von 130 000 auf 95 000 Tonnen gesunken ist. Infolge des völligen Ausfalls von Investitionen sei auf dem Inlandsmarkt der Abfug gänzlich ins Stocken geraten. Der Belegschaftsabbau hat dementsprechend einen sehr großen Umfang angenommen. So ist die Arbeiterzahl im Laufe des vergangenen Jahres um 31 Proz. und die Zahl der beschäftigten Angestellten sogar um 36 Proz. gesunken.

Die Börsenhaupte ist erledigt.

Kräftige Befestigung bei den Rentenkursen.

Nach dem scharfen Rückschlag, den an der vorgefertigen Börse der Aktienmarkt erlitten hatte, hat sich die Beruhigung nach den Tagen der von der Spekulation in Szene gesetzten Haupte gestern weiter fortgesetzt.

Die Börse bot auf dem Aktienmarkt gestern wieder ein völlig normales Bild. Zunächst eröffneten die Kurse der Standardwerte noch erheblich unter den gestrigen Schlusskursen.

So wurden J. G. Harben nach 89 1/2 bis 88 Prozent gehandelt, konnten sich aber im weiteren Verlauf auf 89 1/2 erholen. Siemens u. Halske befestigten sich nach schwachem Beginn gleichfalls leicht von 116 1/2 auf 117, während Reichsbank-Anteile nach Steigerung des Kurses von 118 auf 120 bis 1 Uhr wieder auf 119 Prozent zurückgingen.

Ein sehr erfreuliches Bild bot heute der Rentenmarkt, wo u. a. Pfandbriefe bis zu 2 Proz. im Kurse steigen konnten. In dieser Bewegung kommt am deutlichsten die völlige Beruhigung der Börse zum Ausdruck, und es bleibt nur zu hoffen, daß nicht dunkle und zweideutige Erklärungen der Regierung eine neue Unruhe erzeugen.

11 Milliarden Mark amerikanisches Defizit. Der Fehlbetrag des amerikanischen Haushalts beläuft sich für die elf ersten Monate des gegenwärtigen Finanzjahres auf 2 684 950 446 Dollar oder mehr als 11 Milliarden Mark.

Die Verzinsung des ausländischen Reichsbankkredits auf 5 Proz. herabgesetzt. Der Reichsbank ist es gelungen, bei der Erneuerung des internationalen Kreditkredits eine Herabsetzung des bisherigen Zinsfußes von 6 auf 5 Proz. durchzusetzen.

Fusion der vier Raiffeisen-Versicherungsgesellschaften. Die Regenero Versicherungsgesellschaft des Reichsverbandes der deutschen landwirtschaftlichen Genossenschaften A. G., die Regenero Lebensversicherungsbank A. G., die Raiffeisen Allgemeine Versicherungsgesellschaft A. G., die Raiffeisen Lebensversicherungsbank A. G. sind zu zwei Gesellschaften fusioniert worden. Die Sachversicherungen werden auf die Regenero Raiffeisen Allgemeine Versicherung A. G., die Lebensversicherungen auf die Regenero Raiffeisen Lebensversicherungsbank A. G. übergeführt. Die vier Gesellschaften hatten im Jahre 1931 eine Beitrageinnahme von insgesamt 9,8 Millionen Mark und Schadenauszahlungen von 3,4 Millionen Mark. Der Lebensversicherungsbestand betrug Ende des Jahres 165,5 Millionen Mark.

Schließung der Zigarettenfabrik Henry Clay? Die Hasas aus Havanna meldet, daß die bekannte Zigarettenfabrik Henry Clay die Schließung ihrer Fabrik planen. Gegenwärtig seien von primärer Regierungsseite Bemühungen im Gange, um diese Schließung zu vermeiden, durch die 20 000 Arbeiter brotlos würden.

Mißerfolg der New-Yorker Delegation. Die Konferenz, die sich seit einiger Zeit mit der Stabilisierung der Petroliummärkte beschäftigt, ist zu keinem Ergebnis gekommen. Wie verlautet, sind keine weiteren Zugungen in Aussicht genommen worden.

Die Wirkung der Butterzölle.

Butterschwemme in Holland und Dänemark — Schädigung des deutschen Exports.

In Holland ist vorben die Zwangsbewirtschaftung für Devisen beschlossen worden.

Dieser für ein Land mit solchem Gold- und Devisenreichtum überraschende Beschluß hat, wie der holländische Wirtschaftsminister vor der Kammer ausführte, den einzigen Zweck, den Außenhandel mit Deutschland zu „regulieren“, d. h. die Einfuhr von Deutschland nach Holland zu droffeln. Das ist eine Folge der deutschen Butterzollerhöhung vom Januar dieses Jahres, die der deutschen Landwirtschaft nicht viel genügt, den deutschen Export aber jetzt schon sehr schwer geschädigt hat.

Ueber die Wirkungen der Butterzollerhöhung auf die Preisentwicklung in Deutschland und am Weltmarkt finden wir im Maiheft der „Blätter für Landwirtschaftliche Marktforschung“ interessante Feststellungen.

Die Butterpreise waren um die Jahreswende in der Welt auf einen seit Jahrzehnten nicht dagewesenen Tiefstand gesunken. Nach der Zollerhöhung stieg in Berlin der Butterpreis von 97 auf 135 Mark je Zentner bis Ende Februar. Diese Preissteigerung war aber nicht die unmittelbare Folge der Zollerhöhung, sondern eine Saisonerscheinung, wie sie jedes Jahr infolge der Futtermittelknappheit und des verringerten Angebots aufzutreten pflegt. Tatsächlich sind dann auch die Berliner Butterpreise unter dem Druck steigenden Angebots und der sinkenden Nachfrage der breiten Massen, trotz der erhöhten Zölle, bis Ende Mai wieder stark, auf 109 Mark je Zentner, gesunken. Wenn die Markpreise um etwa 12 Proz. über den Januarpreisen liegen, dann ist das allerdings eine Auswirkung der Zollerhöhung.

Die Preisentwicklung auf den Auslandsmärkten ist verschieden. Da die Nachfrage Deutschlands für den Weltbuttermarkt von großer Bedeutung ist, war allgemein eine Senkung des Weltbuttermarktpreises zu erwarten. Aber die schematische Kontingentierung der Einfuhr — jedes Land darf jährlich nur 5000 Tonnen zum niedrigsten Zollfuß einführen; auf die Mehreinfuhr ist in der Regel der doppelte Zoll zu zahlen — hat zu den merkwürdigsten Verwicklungen geführt. Die bisherigen Hauptlieferanten müssen ihre Einfuhr erheblich einschränken, während andere Länder, die bisher nicht 5000 Tonnen im Jahr einführen, von dieser Regelung profitieren. Gerade diese schematische Kontingentierung hat am meisten böses Blut erregt.

So ist in den Monaten Februar bis April die Einfuhr von Butter aus Dänemark von 7400 Tonnen im Jahre 1931 auf 4700 Tonnen im Jahre 1932, aus Holland von 4100 auf 1800 Tonnen, aus Finnland von 1800 auf 1100 Tonnen, aus Schweden von 2300 auf 900 Tonnen zurückgegangen. In der gleichen Zeit stieg die Einfuhr aus Lettland (von 1700 auf 2000 Tonnen), Estland (von 800 auf 1400 Tonnen), Litauen und Rußland.

Die Hauptlieferantenländer haben aber für ihren nach Deutschland ausgefallenen Export keine Ersatzmärkte finden können. Die Folge war, daß eine Butterschwemme eintrat und die Butterpreise in diesen Ländern stark fielen. Die Spanne zwischen dem Berliner Butterpreis und den Butterpreisen in diesen Ländern hat sich demzufolge stark erweitert. So stieg die Spanne zwischen dem Berliner und dem Kopenhagener Preis — Dänemark führte 1931 das Sechsfache des Kontingents nach Deutschland aus! — von 47 Mark im Januar auf 102 Mark im Mai je Doppelzentner. Die Spanne zwischen den holländischen und den Berliner Preisen stieg in der gleichen Zeit von 5 auf 99 Mark je Doppelzentner. Aber bezeichnenderweise ist der Unterschied zwischen den Preisen in Riga und Berlin ganz geringfügig, von 45 auf 55 Mark je Doppelzentner, gestiegen. Denn die steigende Buttereinfuhr aus Lettland — jetzt höher als die aus Holland! — hat zu steigenden Preisen am Rigaer Markt geführt, so daß das lettische Preisniveau für Butter zur Zeit das höchste der Welt ist.

Daß diese aus der schematischen Kontingentierung folgenden Wirkungen auf Deutschlands bisherige Hauptlieferanten verdrängernd wirken müssen, liegt auf der Hand. Gerade die am meisten benachteiligten Länder sind aber Deutschlands beste Käufer. Im ersten Vierteljahr betrug die deutsche Ausfuhr nach diesen Ländern 302 Millionen Mark; das waren 61 Proz. der Ausfuhr von 1931 nach diesen Ländern zur gleichen Zeit. Die Ausfuhr nach den durch die Butterzölle begünstigten Ländern machte im ersten Vierteljahr 1932 — ohne Sowjetrußland, das in diesem Zusammenhang nicht zu berücksichtigen ist — 24 Millionen Mark (nur 45 Proz. der Vorjahresausfuhr) aus. Wenn ein Land wie Holland zu Repressalien greift, so ist das freilich auch töricht, aber man sollte auch etwas Verständnis für Holland aufbringen.

Reichsbahnverkehr bleibt schlecht.

Keine Saisonbelebung im April.

Der Güterverkehr der Reichsbahn erreichte im Monat April einen in diesem Frühjahrsmonat bisher noch nicht gekannten Tiefstand. Die Erwartungen, daß sich endlich die saisonmäßige Verkehrssteigerung durchsetzen würde, blieben unerfüllt, und mit insgesamt 98 476 gestellten Wagen blieb die Verkehrsfrequenz nahezu auf dem niedrigen Stande des März, während sie im Vergleich zum April 1931 um 14,8 Proz. zurückblieb. Der Personenverkehr konnte sich zwar Anfang April durch den Osterverkehr etwas beleben, kante jedoch dann schnell ab.

Die Betriebseinnahmen ergaben insgesamt 230,4 Millionen Mark, denen Ausgaben von 308,4 Millionen Mark gegenüber stehen. Die Einnahmen blieben hinter dem Ergebnis des Vorjahres um 98 Millionen Mark zurück. Die Monatsrechnung schließt mit einer Mehrausgabe von 78 Millionen Mark ab.

Wieder 6 1/2 Millionen Sack Kaffee vernichtet.

Wie aus Rio de Janeiro gemeldet wird, hat die brasilianische Regierung 6 565 641 Sack Kaffee vernichten lassen, um den aus dem Uberschuß von Kaffeevorräten sich ergebenden Nachteilen aus dem Wege zu gehen.

6 1/2 Millionen Sack macht ungefähr auf jeden Deutschen, groß und klein, 20 Pfund Kaffee, das Vierfache des gesamten deutschen Jahresverbrauchs. Es lebe das kapitalistische System.

Konzentration der englischen Stahlindustrie.

Eine Folge der neuen Zölle?

Zwischen zwei wichtigen englischen Gesellschaften der Stahlindustrie ist ein Interessengemeinschaftsvertrag zu Stande gekommen, den man wohl als Vorstufe für die Bildung eines Stahltrusts ansehen muß. Bezeichnend ist, daß dieser Vertrag über eine „Zusammenarbeit“ (d. h. also über Ausschaltung der

